



**Wahlprogramm**

**der**

**Alternative für Deutschland in Brandenburg**

**zur**

**Landtagswahl am 14. September 2014**

**Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben**

I. Grundlegende Fehlentwicklungen stoppen –Ein Politikwechsel ist notwendig.....	5
II. Brandenburgs Zukunftsperspektiven – Chancen ergreifen, Risiken entgegenwirken.....	6
A. Risiken.....	6
B. Chancen.....	6
C. Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben.....	7
III. Unser Programm für Brandenburg.....	8
A. Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg stärken.....	8
1. Lokale Gemeinschaft stärken.....	8
2. Kulturelle Identität pflegen.....	8
3. Zuwanderung steuern, Integration fördern.....	9
4. Zuzug in den ländlichen Raum fördern – Gemeinden unterstützen.....	10
B. Familie stärken.....	10
1. Freistellung der ein- bis sechsjährigen Kinder von Kita-Gebühren.....	11
2. Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting.....	11
3. Tatsächliche Beitragsfreiheit der Kinder in den Sozialversicherungskassen.....	11
4. Erleichterung früherer Familiengründung - Förderung des Modells „Studieren mit Kind“.....	11
5. Förderung von Modellprojekten der Wirtschaft und von Kommunen zur familienfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltages.....	12
6. Förderung familienunterstützender, haushaltsnaher Dienstleistungen.....	12
C. Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche schaffen.....	12
D. Langes Leben im ländlichen Raum.....	13
1. Ablehnung von „Wegzugsprämien“.....	13
2. Qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung flächendeckend sichern.....	13
a) Ausreichende Anbieterzahl ermöglichen.....	13
b) Qualifiziertes und motiviertes Personal in Brandenburg halten.....	13
c) Mobile Betreuung von Patienten durch Gemeindegewerkschaft Agnes realisieren... ..	14
3. Vorbeugende Gesundheitserziehung fördern.....	14
E. Bildungshunger wecken, lernende Gesellschaft fördern.....	14
1. Das Schulangebot muss den Schülern gerecht werden.....	15
a) Kein Unterrichtsausfall durch Lehrermangel.....	15
b) Wohnortnahes Grundschulangebot gewährleisten.....	15
c) Beibehaltung der Kopfnoten und der Möglichkeit zur Wiederholung einer Klassenstufe.....	15
d) Einschulung erst nach vollendetem 6. Lebensjahr.....	16
e) Perfekte Beherrschung grundlegender Kulturtechniken muss vorrangiges Ziel des Grundschulunterrichts sein.....	16
f) Übergang in weiterführende Schulen nach 5. Schuljahr.....	16
g) Für ein Schulsystem, das nach Begabung und Motivation gegliedert ist.....	16
h) Flächendeckendes Angebot einer stark berufs- und praxisorientierten Schulform.....	17
i) Errichtung von Realschulen mit einem mittleren Bildungsabschluss.....	17
j) Erhalt des Gymnasiums als primäre Schulform zur Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Hochschulstudium.....	17
k) Rückkehr zum gymnasialen Abitur nach dem 13. Schuljahr.....	17
l) Abschied vom „Akademisierungswahn“ und gesellschaftliche Aufwertung anderer Bildungsgänge.....	17
m) Statt genereller Inklusion: Erhalt und Ausbau der Förderschulen.....	18
2. Ausbau des Praxisbezugs der Lehrerbildung.....	18
3. Hochschulen und universitäre Bildung in Brandenburg neu ausrichten.....	18

a)	Beendigung des Bologna-Prozesses an den Brandenburger Universitäten.....	18
b)	Aufhebung der Fusion von Technischer Hochschule Cottbus und Technischer Fachhochschule Lausitz .....	19
c)	Neuregelung des Hochschulzugangs: Auswahl der Studienbewerber durch die Hochschulen .....	19
d)	Ausbau und Förderung von Angeboten öffentlicher und privater Fernuniversitäten 19	
•	Chance für den ländlichen Raum, weil auch dort - abseits der Ballungszentren- studiert werden kann, .....	19
•	kostengünstige Alternative zum Präsenzstudium, .....	19
•	Chance für ein nebenberufliches Universitätsstudium, .....	19
•	Chance für Aufbaustudium und Fortbildung.....	20
F.	Kulturpolitik: Kultur wertschätzen und fördern.....	20
G.	Freiheit und Sicherheit gewährleisten .....	20
1.	Grundsatz: Staatliches Gewaltmonopol und staatliche Pflichten.....	20
2.	Öffentliche Sicherheit gewährleisten .....	21
a)	Präsenz der Polizei in der Fläche sicherstellen .....	21
b)	Mehr Polizeibeamte für polizeiliche Arbeit einsetzen.....	21
c)	Stopp von Geschwindigkeitskontrollen zur Haushaltssanierung.....	21
d)	Kriminalitätsstatistik: Kein Schönrechnen der Realität.....	22
e)	Bekämpfung der organisierten Kriminalität.....	22
f)	Opfer- und Zeugenschutz ausbauen .....	23
3.	Arbeit der Justiz wirkungsvoller machen.....	23
a)	Schrankenlose Privilegierung des Alkoholgenusses als Schuld mildernden Zustand beseitigen.....	23
b)	Wirkungsvollere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und von Vermögensdelikten durch Einführung eines erleichterten Verfahrens bei Anordnung des Verfalls und der Einziehung von Vermögen .....	24
c)	Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Ausländerkriminalität.....	24
d)	Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte einführen .....	24
e)	Erhöhung der Mindeststrafandrohung für Straßenraub.....	25
f)	Anordnung von Untersuchungshaft auch ohne Haftgrund bei einem größeren Kreis von Gewaltdelikten.....	25
g)	Strafprozessuale Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung und zur Entlastung der Strafgerichte einführen.....	25
h)	Wiedereröffnung der Justizvollzugsanstalt in Frankfurt (Oder).....	26
i)	Kommunalabgabengesetz ändern, Führung von Musterprozessen ermöglichen...	26
4.	Rettungsdienste und Notfallvorsorge verbessern .....	26
a)	Rettungszeiten im Grenzgebiet zu Berlin verkürzen .....	26
b)	Individuelle Notfallvorsorge fördern .....	27
H.	Arbeit und Kaufkraft schaffen.....	27
1.	Mittelstandspolitik: Kleine und mittlere Unternehmen zum Jobmotor machen .....	27
a)	Den Betrieb kleiner Einzelhandelsunternehmen erleichtern.....	28
b)	Bessere Wettbewerbsbedingungen für das brandenburger Handwerk schaffen...	28
c)	Kleinst-Unternehmen und nebenberufliches Unternehmertum fördern.....	28
d)	Unternehmensgründungen fördern .....	29
2.	Tourismus in Brandenburg ausbauen .....	29
3.	Strategie für den Ausbau der Brandenburger Gesundheitswirtschaft entwickeln....	29
4.	Landwirtschaft: Chancen für kleine und mittlere Betriebe schaffen.....	30

a) Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes, um ortsansässigen Landwirten Vorrang einzuräumen .....	30
b) Verkauflose der staatlichen Landgesellschaften so verkleinern, dass ortsansässige Landwirt-Familien mitbieten können.....	31
c) Schrittweiser Ersatz der Massentierhaltung durch bäuerliche Betriebsformen mit maximalen Bestandsgrößen.....	31
d) Initiativen für regionale Erzeugerzusammenschlüsse zur Direktvermarktung.....	31
e) Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen .....	31
5. Energiepolitik gestalten.....	32
a) Braunkohle als strukturbestimmenden Wirtschaftsfaktor erhalten .....	32
b) Ausbautempo der Windenergie in Brandenburg zurückfahren .....	32
I. Flächendeckenden Ausbau des Internet-Breitbandnetzes verwirklichen.....	33
J. Verkehrsknotenpunkte und Märkte der Kommunikation schaffen .....	34
K. Aderlass durch BER-Abenteuer beenden.....	34
M. Für eine zukunftsorientierte und transparente Haushalts- und Finanzpolitik.....	35
IV. Wahlauf Ruf .....	36

## Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben

### I. Grundlegende Fehlentwicklungen stoppen – Ein Politikwechsel ist notwendig

Die Politik der letzten Jahrzehnte hat die westliche Welt wie auch unser Land an die Grenzen der Belastbarkeit und der Funktionsfähigkeit gebracht. Durch Selbstüberschätzung und grenzenlose Machtansprüche sind der Politik vielfach Maß und Bodenhaftung verloren gegangen. Das spüren wir auch in Brandenburg.

Die Eurokrise, die Überschuldung der Staaten, Banken, Unternehmen und Privathaushalten sind Zeugnisse dieser Fehlentwicklung. Sie zeigt sich ferner in der wirtschaftlichen Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt sowie der Überforderung vieler Menschen durch hohen Leistungsdruck. Auch die zunehmende Destabilisierung von Staaten, die ständige Beteiligung westlicher Staaten an militärischen Konflikten und die damit einhergehende Auflösung der internationalen Ordnung sind Auswirkungen von Selbstüberschätzung und grenzenlosen Machtansprüchen.

Trotz fehlender Gelder und einer finanziellen Überforderung fast aller europäischer Staaten werden die europäischen Institutionen stetig weiter ausgebaut, immer mehr Länder in die Europäische Union aufgenommen oder hineingezogen und zunehmend internationale Aufgaben übernommen. Die Politik lässt ein unbegrenztes Wachstum der Großbanken und ihrer Risikopolitik zu und begibt sich immer mehr in deren Abhängigkeit. Die Wirtschaftsordnung wird in erster Linie an den Interessen global agierender Konzerne ausgerichtet, so dass Monopolisierung wirtschaftlicher Macht zu Lasten der Bürger zunimmt.

Die Rechnung wird nun den Bürgern präsentiert: Zunächst verdeckt durch die ungebremsste Geldvermehrung der Notenbanken und die Übertragung von Risiken auf den Steuerzahler; bald aber auch offen, wie es die Forderungen von IWF und Zentralbanken nach enteignungsgleichen Abgaben und Steuern bereits heute ankündigen.

So kann es nicht weitergehen. Die Politik muss wieder Maß und Bodenhaftung zurückgewinnen. Es gilt, die Kosten und Risiken dieser Politik zurückzuführen, damit unsere Zukunft, die Zukunft der Menschen in Deutschland und in Brandenburg nicht verspielt wird.

Die Alternative für Deutschland in Brandenburg will einen gesellschaftspolitischen Kurswechsel herbeiführen: Sie will Freiheit und Bürgerrechte stärken, die Funktionsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit öffentlicher und privater Institutionen wieder herstellen und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft fördern. Dafür gilt es, Staat und Gesellschaft dezentral, subsidiär und bürgernah zu gestalten und so den Globalisierungs-, Zentralisierungs- und Größenwahn zu stoppen. Es gilt die wachsende Komplexität von staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen zu hinterfragen und sie so umzubauen, dass sie widerstandsfähiger, belastbarer und ausfallsicherer werden.

Mit ihrem Landtagswahlprogramm „Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben“ will die Alternative für Deutschland aufzeigen, wie die Zukunftschancen Brandenburgs gestärkt, Risiken reduziert, die Lebensqualität erhöht und der Zusammenhalt der Menschen in Brandenburg gefördert werden können.

## **II. Brandenburgs Zukunftsperspektiven – Chancen ergreifen, Risiken entgegenwirken**

Brandenburg ist ein Flächenland, das Raum und Weite zur kreativen Lebensgestaltung bietet. Dies gilt insbesondere für Bürger, die frei und bodenständig leben wollen. Daraus ergeben sich einzigartige Entwicklungschancen für die Zukunft unseres Landes.

Die vielfältigen Perspektiven werden jedoch durch die negative Bevölkerungsentwicklung und das Zurückweichen aus den ländlichen Regionen sowie durch die absehbare Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen unseres Landes überschattet.

Die Politik der AfD beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Deswegen ist es wichtig, die Chancen und Risiken zu benennen, die die Zukunftsperspektiven unseres Landes beeinflussen.

### ***A. Risiken***

Zu den Risiken gehört vor allem die Bevölkerungsentwicklung, die nach dem gegenwärtigen Entwicklungstrend bis zum Jahr 2030 zu einem Rückgang von ca. 253 000 Personen oder rund zehn Prozent gegenüber dem Jahr 2010 führen wird. Brandenburg wird dann nur noch rund 2,25 Millionen Einwohner haben. Regional wirkt sich dieser Trend sehr unterschiedlich aus. Während im Umland von Berlin bis 2023 noch ein leichter Bevölkerungszuwachs zu erwarten ist, geht die Einwohnerzahl jenseits davon stetig zurück.

Sinkende Kinderzahlen, Abwanderung Jüngerer und eine stark wachsende Seniorenzahl lassen das Durchschnittsalter der Brandenburger erheblich ansteigen. Das Resultat: Es fehlen Erwerbstätige als Stütze der märkischen Gesellschaft. Das hat weit reichende Konsequenzen für alle Lebensbereiche. Die Veränderungen der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsstruktur wirkt sich sowohl auf die Tragfähigkeit von Infrastruktur- und Mobilitätsangeboten aus wie auch auf das Angebot privater und öffentlicher Dienstleistungen.

Neben der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung wird Brandenburg auch eine Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen zu bewältigen haben. Eine Ursache dafür ist die rückläufige Zahl der Erwerbstätigen und damit verbunden auch sinkende Steuereinnahmen. Weitere Gefahren bestehen im Auslaufen des Solidarpaktes und europäischer Transferzahlungen. Darauf aufbauend sind die aktuellen Einnahmeprognozen der Altparteien bis zum Jahr 2020 fernab realer Wirtschaftszyklen angelegt. Die exponentiell steigenden Versorgungsansprüche der Staatsbediensteten werden allenfalls thematisiert, aber Vorsorge wird zu wenig betrieben. Schließlich drohen dem Land durch das Missmanagement beim Bau des BER-Flughafens gegenwärtig noch nicht absehbare Folgekosten bis hin zur Dauersubventionierung. Brandenburg muss mit Hilfe der AfD die Kontrolle über verselbstständigte finanzielle Risiken zurückgewinnen, um Gestaltungsspielräume für die Bürger zu schaffen.

### ***B. Chancen***

Die Alternative für Deutschland will die benannten Gefahren aktiv bekämpfen, in dem sie die Risiken reduziert und auf die Vorzüge und Stärken des Landes setzt. Daraus ergeben sich einzigartige Entwicklungschancen, die nur in Brandenburg zu finden sind.

Eine besondere Stärke stellt die geographische Lage dar. Brandenburg umschließt räumlich die Bundeshauptstadt Berlin, die wirtschaftlich und politisch an Bedeutung gewinnt. Dazu

trägt insbesondere auch das einzigartige Angebot an wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in der Region bei. Zudem liegt Brandenburg an einer bedeutenden Verkehrsachse, die von Rotterdam über Berlin und Warschau bis nach Moskau reicht. Beides bietet große Chancen für die Entwicklung von Wirtschaft und Wohlstand in der Mark.

Brandenburg hat als Flächenland ein großes landwirtschaftliches Potential. Damit können nicht nur die eigenen Bürger, sondern auch die Berliner auf kurzem Wege mit gesunden Nahrungsmitteln ohne Gentechnik versorgt werden. Das ist mit modernen wie lokalen Vermarktungsnetzwerken ausbaufähig, da eine zuverlässige Versorgung mit frischen und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aus der Region den Verbraucherbedürfnissen Rechnung trägt. Das lohnt sich auch für die Brandenburger Erzeuger.

Brandenburg ist ein energiereiches Land mit vielen Bodenschätzen. Braunkohle, Windkraft, Solarenergie sowie das Potential der Forstwirtschaft ermöglichen die Selbstversorgung mit Strom aus eigenen Quellen.

Brandenburg bietet in den Regionen vielen Menschen einen überwiegend ländlichen Lebensstil im Umfeld der Großstadt Berlin. Es bietet damit eine andere, zunehmend gesuchte Lebensqualität, nämlich ein freies und bodenständiges Leben.

Viel Fläche und Raum für Entfaltung schaffen Freiräume für Ideen, die Chance auf ein selbstbestimmtes, autarkes Leben auf eigenem Grund. Viel Raum ist eine Chance, sich der Informations- und Reizüberflutung der Großstadt zu entziehen und den Alltag zu entschleunigen. Die AfD will neue Initiativen und moderne Plattformen der Begegnung fördern, um sterbenden Gemeinden und Dörfern im lokalen Lebensumfeld eine neue Entwicklungschance zu bieten.

### ***C. Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben***

Die Alternative für Deutschland will die Stärken Brandenburgs ausbauen und für die Vorzüge des märkischen Lebensstils werben: „Bodenständig und frei leben“ bedeutet für uns, die Identität des Landes sichtbar zu machen und zu stärken, die Freiheit der Bürger abzusichern, ein selbst bestimmtes Leben zu fördern und die Grundlagen für zunehmenden Wohlstand zu stärken,

### **III. Unser Programm für Brandenburg**

#### ***A. Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg stärken***

Politik, Wirtschaft und Medien werben ständig mit öffentlichen Äußerungen für mehr Leistung, mehr Wettbewerb, mehr Effizienz und längere Arbeitszeiten mit der Verheißung, das sich damit die Lebensqualität für alle verbessern ließe. Diese einseitige Ausrichtung an ökonomischen und bürokratischen Interessen untergräbt nach Auffassung der Alternative für Deutschland zunehmend die Lebensqualität unserer Gesellschaft und ihren Zusammenhalt. Längere Schulzeiten, Ausweitung der Arbeitszeiten, Bereitschaftsdienste und Schichtdienste lassen vielen immer weniger Zeit dafür, sich anderen Menschen zuzuwenden, sich Zeit zu nehmen für Familie, Kinder und Alte, für nebenberufliches ehrenamtliches Engagement. Diese Entwicklung zerstört zunehmend die Bürgergesellschaft und ihren Zusammenhalt. Darüber hinaus geht damit eine entscheidende Dimension von Lebensqualität verloren: Die Erfahrung von Gemeinschaft und Zusammenhalt, ohne die viele ihr Leben als kalt, leer und sinnlos empfinden. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

#### **1. Lokale Gemeinschaft stärken**

Hohe Mobilität, Internet und soziale Netzwerke, überall verfügbare Telekommunikation begünstigen die Bildung von Gruppen und Netzwerken, die keinen lokalen Bezug mehr haben. Die Bindungen und Verbindungen zu Menschen im eigenen Wohnumfeld, im Wohnort, verlieren damit an Bedeutung, mit der Wirkung, dass die städtische Anonymität sich immer mehr auch in den städtischen Vororten und im ländlichen Raum breit macht.

Wenn sich die lokalen Gemeinschaften auflösen, schwächt dies die Bürgergesellschaft. Sie wird zunehmend von staatlich-politischen sowie wirtschaftlichen Interessen dominiert, da die Bürgergesellschaft ihre Interessen nicht mehr zu artikulieren vermag. Deshalb benötigt eine freiheitlich verfasste Gesellschaft eine starke Bürgergesellschaft. Sie ist aber auch die Grundlage einer humanen Gesellschaft.

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft hängt nicht zuletzt vom emotionalen Bezug zum Wohnort und zu den Menschen im eigenen Lebensumfeld ab. Fehlt dieser Bezug, ist der Weg zur Erfahrung von Isolierung und Einsamkeit nicht weit, spätestens im Alter. Es gilt daher die lokalen Gemeinschaften und ihren Zusammenhalt zu stärken. Die AfD wird sich daher dafür einsetzen

- mehr Plätze der Begegnung zu schaffen und der Anonymität im öffentlichen Raum entgegenwirken.
- die Strukturen der Bürgergesellschaft und das ehrenamtliche Engagement der Bürger in freiwilligen Feuerwehren, Kirchengemeinden, Sportvereinen und anderen Institutionen zu fördern.

#### **2. Kulturelle Identität pflegen**

Wer frei und selbst bestimmt leben will, muss wissen, wie er leben will. Was gefällt mir, ist für mich wertvoll, welche Verhaltensweisen sind sozial verträglich, haben sich als wirtschaftlich Erfolg versprechend erwiesen? Was ist für mich wahr, gut und schön – kurzum: Was macht meine kulturelle Identität aus?



Ohne eine Antwort auf diese Frage ist der Einzelne nicht wirklich frei und handlungsfähig. Und ohne einen entsprechenden allgemeinen gesellschaftlichen Konsens schwindet der Zusammenhalt.

Kulturelle Identität ist nichts Statisches, sondern wird von jeder Generation verändert und fortentwickelt. Sie entsteht jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern baut auf Hergebrachtem auf: die natürliche Umwelt, die Kulturlandschaft, die vorgegeben ist, die Sprache mit ihren eigenen Denk- und Wertungsmustern, die musischen Ausdrucksformen, die historischen Erfahrungen, die Vermittlung von Werten durch Eltern und Gesellschaft, die Einflüsse anderer Kulturen und Völker.

Die AfD wird daher Projekte und Initiativen fördern, die

- Lokale und regionale Traditionen sichtbar machen und pflegen
- die Lokal – oder Heimatgeschichte dokumentieren und in Erinnerung rufen.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass im Geschichtsunterricht auch die Auswirkungen historischer Entwicklungen auf die Geschichte der Region Brandenburg behandelt werden.

### **3. Zuwanderung steuern, Integration fordern**

Internationaler Handel, Kommunikation und Tourismus haben die grenzüberschreitende Mobilität in den letzten Jahrzehnten stark gefördert. Das zeigt sich auch in wachsenden Zuwandererzahlen. Zuwanderung kann eine Gesellschaft bereichern und stärken, ihr neue Entwicklungschancen eröffnen. Das zeigt sich insbesondere in Europa. Der Reichtum Europas ist gekennzeichnet durch die große Vielfalt der unterschiedlichen nationalen Kulturen und Wertemuster, die über die Zeiten ständig Anstoß und Gelegenheit für neues Denken und neue Problemlösungen geschaffen haben.

Zuwanderung ist aber nur dann ein Gewinn für Zuwanderer und Aufnahmegesellschaft, wenn die Zuwanderer sich in die Gesellschaft integrieren und das Ausmaß des Zuzugs die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft nicht überfordert. Deswegen ist es erforderlich, die Zuwanderung zu steuern. Damit soll auch sichergestellt werden, dass die, die kommen, bereit und in der Lage sind, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Die Menschen in unserem Land erwarten, wie in jedem Zuwanderungsland, zu Recht, dass Zuwanderer sich in unsere Gesellschaft integrieren und dies auch selbst erreichen wollen. Denn sie sind in der Regel nicht zufällig nach Deutschland gekommen, sondern weil sie an dem Maß an Freiheit, Wohlstand und Sicherheit, die unser Land bietet, teilhaben wollen. Diese Vorzüge unseres Landes sind aber das Ergebnis tradiertener kultureller Wertemuster. Deswegen bedeutet Integration, dass Zuwanderer ihren Beitrag dazu leisten, dass die Wertemuster, die den Erfolg unserer Gesellschaft ausmachen und für die sie nach Deutschland gekommen sind, auch von ihnen gestärkt und fortentwickelt werden.

Zuwanderung findet in unserem Land auf verschiedenen Wegen statt: im Rahmen der Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger im EU-Raum, im Wege einer rechtlich geregelten Zuwanderung aus Ländern außerhalb der EU, bei der Aufnahme politisch Verfolgter auf Grund von Asylverfahren oder im Rahmen der Aufnahme von Flüchtlingen aus Spannungs- und Kriegsgebieten.

Der AfD ist es dabei wichtig, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht zu einer Zuwanderung in

die Sozialsysteme führen, weil etwa ein Anspruch auf leistungsloses Einkommen entsteht. Durch eine zügige Durchführung von Asylverfahren und unverzügliche Abschiebung abgelehnter Bewerber ist zu gewährleisten, dass das Grundrecht auf Asyl nicht als Einfallstor für eine allein wirtschaftlich motivierte Migration missbraucht wird. Die Zuwanderung von Menschen aus Nicht- EU-Staaten soll sich nach Auffassung der AfD am kanadischen Zuwanderungsmodell orientieren. Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist der AfD ein wichtiges Anliegen. Sie sollte wenn möglich nicht nur in Deutschland, sondern möglichst heimatnah gewährt werden.

Die AfD wird sich daher in Brandenburg dafür einsetzen, dass

- Kurse für sprachliche und gesellschaftliche Integration Pflicht werden.
- Projekte gefördert werden, die Wege zur schnelleren Integration durch Teilhabe an Aktivitäten von Vereinen und anderen gesellschaftlichen Gruppen realisieren.
- mehr Mitspracherechte von Bürgern und Kommunen bei der lokalen Unterbringung von Asylbewerbern geschaffen werden.
- abgelehnte Asylbewerber zügig abgeschoben werden

#### **4. Zuzug in den ländlichen Raum fördern – Gemeinden unterstützen**

Im ländlichen Raum Brandenburgs finden wegen des Bevölkerungsrückgangs viele Immobilien keine Käufer mehr. Dadurch verlieren die Orte immer schneller an Attraktivität. Andererseits interessiert sich eine wachsende Zahl von Städtern in den letzten Jahren für den ländlichen Lebensstil abseits der Enge und Hektik des städtischen Alltags. Die Motive sind vielschichtig: Mehr Platz für die Realisierung eigener Ideen, Verbindung zur Natur, ein Rückzugsraum für die Freizeit, der Wunsch, einen eigenen Garten zu bewirtschaften oder Tiere zu halten. Vielfach wird der Wunsch nicht realisiert, weil es an Partnern fehlt, die mitmachen, da ein Alleingang in ein zunächst fremdes Umfeld gescheut wird.

Die AfD will daher Wege aufzeigen, wie die Ansiedlung von Städtern im ländlichen Raum befördert werden kann. Dafür will sie

- die Verfügbarkeit von Immobilien im ländlichen Raum sichtbar machen,
- Siedlungsinteressenten über Internetplattformen zusammen bringen,
- die Selbstorganisation der Siedlungsinteressenten in Baugemeinschaften und Baugenossenschaften fördern,
- einen Steuernachlass bei der Grunderwerbssteuer gewähren, wenn mehrere Objekte durch Mitglieder von Baugenossenschaften erworben werden, die neu zuziehen wollen.
- bei der Durchführung von Baugenehmigungsverfahren und anderen objektbezogenen Verwaltungsverfahren den Gemeinschaftscharakter des Erwerbs berücksichtigen,
- die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden bei der Bauleitplanung erweitern und vereinfachte Verfahren ermöglichen.

#### ***B. Familie stärken***

Die Familie hat als Keimzelle der menschlichen Gesellschaft wie auch als gesellschaftliche Institution eine grundlegende Bedeutung für unser Miteinander. Sie ist auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und schafft Zusammenhalt, der durch die Elternschaft vermittelt wird. Sie wird im besonderen Maße der Natur des Menschen gerecht, da der Mensch zur Gemein-

schaft bestimmt ist und auf Liebe, Fürsorge, Erziehung und Pflege angewiesen ist. Sie bietet den Familienmitgliedern einen festen Haltepunkt und Schutzraum in einem gesellschaftlichen Umfeld zunehmender Unsicherheit, fehlender Verlässlichkeit und Erosion von Vertrauen. Starke Familien sind daher für die Entwicklung jeder Person wie auch der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Die Alternative für Deutschland setzt sich daher mit folgenden Forderungen für eine Stärkung der Familien ein:

### **1. Freistellung der ein- bis sechsjährigen Kinder von Kita-Gebühren**

Für Kinder ist es wichtig, im Kontakt mit anderen Kindern aufzuwachsen. Wegen der zunehmenden Kinderarmut sind die Möglichkeiten, außerhalb von Kindertagesstätten entsprechende Kontakte und Gelegenheiten zu schaffen, gering. Kindertagesstätten unterstützen und fördern daher das Erlernen sozialen Verhaltens. Zudem führen sie Kinder spielend an die Schule heran. Für viele Kinder eröffnen die Kindertagesstätten Bildungschancen, die sich sonst nicht ergeben würden.

Daher soll der Besuch der Kindertagesstätten für ein- bis sechsjährige Kinder in Brandenburg kostenlos sein.

### **2. Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting**

Wir treten dafür ein, dass das Familieneinkommen steuerlich auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und versteuert wird. Wir werden uns für eine entsprechende Gesetzesinitiative der Landesregierung über den Bundesrat einsetzen. Das Ehegattensplitting als Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft soll nicht angetastet werden.

### **3. Tatsächliche Beitragsfreiheit der Kinder in den Sozialversicherungskassen**

Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird das gesamte Bruttoeinkommen der gesamten Familie ohne jegliche Freibeträge belastet. Darin sind auch die Unterhaltsansprüche der Kinder enthalten. Wir treten dafür ein, dass diese Unterhaltsansprüche vom Bruttoeinkommen der Familie abgezogen und die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – bei gleich bleibenden Leistungsansprüchen - nur auf das entsprechend verminderte Einkommen bezahlt werden müssen. Dies erleichtert allen Sozialversicherungspflichtigen die Familiengründung und gibt den Arbeitgebern einen Anreiz, Arbeitnehmer, die Eltern sind, einzustellen.

### **4. Erleichterung früherer Familiengründung - Förderung des Modells**

#### **„Studieren mit Kind“**

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Familiengründung während Studium und Ausbildung stärker gefördert wird. Wer bereits den Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit Kind meistert, wird auch den Übergang in den beruflichen Alltag einfacher bewältigen. Die Entstehung von Familien und Mehrkindfamilien deutlich vor Erreichen des 35. Lebensjahres der Mutter ist auch medizinisch indiziert. Zur Realisierung des Modells „Studieren mit Kind“ wird die AfD sich einsetzen für

- Hilfen und Beratung während Studium und Ausbildung (Kredit, Wohnung, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim Bafög),
- flexible Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs,
- erleichterte Möglichkeiten des Zugangs sowie des Übergangs zum Fernstudium, da ein Studium mit Kind bei einem Fernstudium leichter zu organisieren ist.

## **5. Förderung von Modellprojekten der Wirtschaft und von Kommunen zur familienfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltages**

Die AfD setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Insbesondere die langen Wege zur Arbeitsstelle und zum Kindergarten oder zur Schule kosten Zeit, die der gemeinsamen Familienzeit verloren geht. Die Arbeitsbedingungen müssen daher familienfreundlicher werden. Darüber hinaus gilt es aber auch Wege aufzuzeigen, wie in den Regionen und Dörfern Arbeit geschaffen werden kann. Die AfD wird sich daher einsetzen für

- Datenverkehr statt Berufsverkehr: Eine flächendeckende Modernisierung der Netze macht es möglich, dass Büroarbeit auch von zu Hause verrichtet werden kann und entsprechende Arbeitsplätze auch im strukturschwachen ländlichen Raum angeboten werden können.
- flexible Kita-Öffnungszeiten, Betreuungsmodelle für die Zeit nach dem Hort, Ausbau der Sozialtage für Ausfallzeiten,
- eine Förderung kleiner privater Kindergärten (Tagesmutter-Konzept) im ländlichen Raum,
- eine Förderung von Mehrgenerationenprojekten, um jungen Familien die Kinderbetreuung zu erleichtern und älteren Menschen einen erweiterten Lebenssinn zu ermöglichen.

## **6. Förderung familienunterstützender, haushaltsnaher Dienstleistungen**

Berufstätige Eltern können mit familienunterstützenden haushaltsnahen Dienstleistungen mehr Zeitsouveränität gewinnen, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können sowie Freiräume für die Kindererziehung zu schaffen. Viele Menschen, die bereit und imstande wären, derartige Dienstleistungen als Selbständige anzubieten, scheuen aber den damit verbundenen bürokratischen Aufwand.

Die AfD will daher Projekte entwickeln und unterstützen, die es Menschen erleichtern, entsprechende Dienstleistungen anzubieten.

Die AfD will insbesondere Projekte von gemeinnützigen Arbeitsinitiativen oder Arbeitsgenossenschaften fördern, die in Zusammenarbeit mit den Jobcentern haushaltsnahe Dienstleistungen anbieten. Aufgabe dieser gemeinnützigen Träger soll es sein, Menschen, die haushaltsnahe Dienstleistungen erbringen wollen, anzustellen und für sie die damit verbundenen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Verwaltungsaufgaben zu erledigen. Zugleich sollen sie flexible Angebote für haushaltsnahe Dienstleistungen anbieten.

## ***C. Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche schaffen***

Jugendlichen fehlen – gerade im ländlichen Raum - vielfach Angebote für eine aktive Freizeitgestaltung und zur Fortentwicklung der eigenen Fähigkeiten. Um sie auf dem Land zu halten und den Drang in die Ballungszentren zu stoppen, gilt es, den ländlichen Raum zu einem für Jugendliche attraktiven Erlebnis- und Kreativraum zu machen.

Dafür will die AfD:

1. mit einer Internet-Plattform für Jugendliche
  - das bereits vorhandene Angebot an Fortbildungs- und Freizeitangeboten für Jugendliche transparent machen,
  - eine Vernetzung von Jugendlichen in der Region erleichtern, um eine hinreichende Nachfrage für Veranstaltungen aber auch Fortbildungsangebote für Musiker, Künstler und Kreative, technisch Interessierte, Sportler zu organisieren,
  - eine ortsbezogene Vernetzung von Jugendlichen fördern,

- einen Überblick verschaffen, welche Räume und Plätze in der Region für gemeinsame Aktivitäten verfügbar sind (Jugendheime, Sportplätze, Jugendgastronomie, Discotheken etc.)
- 2. darauf hinwirken, dass mehr Treffpunkte für Jugendliche im ländlichen Raum geschaffen werden,
- 3. die Mobilität von Jugendlichen durch ein kostenloses Freizeitticket für den ÖPNV fördern.
- 4. Konzepte entwickeln, wie räumlich mobile Kursangebote für Fortbildung und Freizeit geschaffen werden können.

Darüber hinaus wird sie Wege aufzeigen, wie die Freizeitangebote in ländlichen Regionen wirtschaftlich tragfähig ausgebaut werden können. Dies gilt insbesondere für Angebote von Musikschulen, Angebote für Künstler und Kreative, Freizeitangebote für technisch Interessierte, wie z.B. Computerclubs, Angebote von Sportkursen.

Ferner wird sie die Jugendarbeit von Sportvereinen und Rettungsdiensten unterstützen. Der Auf- und Ausbau von Jugendfeuerwehren und ihres Ausbildungs- und Freizeitangebotes soll besonders gefördert werden.

## ***D. Langes Leben im ländlichen Raum***

### **1. Ablehnung von „Wegzugsprämien“**

Wegen der Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum fordern Demografie-Experten, älteren Menschen eine Prämie zu zahlen, damit sie aus dem Dorf in die nächste Stadt ziehen, weil sie dort leichter zu versorgen wären.

Die Alternative für Deutschland lehnt eine solche Wegzugsprämie ab. Sie möchte erreichen, dass alte Menschen in ihrer vertrauten Umgebung alt werden können. Ein Wegzug bedeutet für sie meistens Entwurzelung und Isolierung, da sie vielfach keine Möglichkeit mehr haben, neue Freundschaften und tragfähige Beziehungen zu knüpfen.

### **2. Qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung flächendeckend sichern**

#### **a) Ausreichende Anbieterzahl ermöglichen**

Die Qualität der Versorgung ist nur dann zu gewährleisten, wenn der Bürger zwischen verschiedenen Anbietern medizinischer und pflegerischer Leistungen wählen kann. Ohne Wettbewerb und Vergleichsmaßstäbe fehlt der Druck, eine qualitativ gute Leistung zu erbringen. Deswegen wird die Alternative für Deutschland die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass ein ausreichendes Angebot von Ärzten, Pflegediensten entsteht.

Die AfD wird aus den gleichen Gründen gegen das Entstehen von regionalen Anbietermonopolen vorgehen: Wenn Kliniken mit stationären Pflegeeinrichtungen desselben Trägers fusionieren und darüber hinaus durch die Gründung von medizinischen Versorgungszentren auch noch die ambulante Versorgung in der Region übernehmen, sind Patienten wie auch Arbeitnehmer in dieser Region diesem Monopolanbieter machtlos ausgeliefert.

#### **b) Qualifiziertes und motiviertes Personal in Brandenburg halten**

Unattraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen führen in Brandenburg dazu, dass qualifiziertes und motiviertes Personal im Gesundheitswesen nur schwer zu gewinnen und zu halten ist. Das Lohngefälle in Deutschland und dem europäischen Ausland führt dazu, dass deutsche

Ärzte zunehmend nach Dänemark oder in die Schweiz abwandern und durch Neuankömmlinge aus Bulgarien und Rumänien ersetzt werden. Aber selbst die hier zugewanderten ausländischen Ärzte bleiben selten länger als ein oder zwei Jahre in Brandenburg. Sobald sie ausreichend Deutsch gelernt haben, wandern sie regelmäßig in die alten Bundesländer ab, wo höhere Gehälter gezahlt werden.

Diese verrückten Verhältnisse erschweren es, eine qualitativ hochwertige Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Leistungen zu gewährleisten. Die Alternative für Deutschland will daher Rahmenbedingungen schaffen, mit denen qualifiziertes und motiviertes Personal in Brandenburg gehalten werden kann. Sie wird sich daher dafür einsetzen, dass

- die finanziellen Rahmenbedingungen, insbesondere die Gehälter, im Bereich der medizinischen Versorgung und der Pflege zwischen West und Ost angeglichen werden,
- eine bedarfsgerechte Zahl von Ausbildungsplätzen in den medizinischen und pflegerischen Berufen vorgehalten wird,
- die Kosten der Ausbildung nicht mehr allein von den Ausbildungsbetrieben getragen werden, sondern auch von den Betrieben, die - statt selbst auszubilden- das ausgebildete Personal abwerben.

#### **c) Mobile Betreuung von Patienten durch Gemeindegeschwister Agnes realisieren**

Die ambulante Behandlung von Patienten durch Gemeindegeschwister, die ihre Patienten zu Hause besuchen, hat sich in der damaligen DDR bewährt. Dieses Modell bietet sich insbesondere für die ambulante medizinische Versorgung im ländlichen Raum an. Die AfD wird prüfen, wie ein solches Modell heute wieder realisiert werden kann. Dabei gilt es insbesondere zu klären, in wessen Trägerschaft das Konzept realisiert werden kann und wie es zu finanzieren ist. Die AfD legt dabei Wert darauf, dass die Gemeindegeschwister Agnes unabhängig arbeiten. Sie sollte nicht zu einem der Monopole im Bereich der Gesundheitsversorgung gehören und ihre Patienten nur an ihren Arbeitgeber weitervermitteln.

### **3. Vorbeugende Gesundheitserziehung fördern**

Falsche Ernährung, zu wenig Bewegung sowie der Konsum von Alkohol, Zigaretten und Drogen schwächen die Gesundheit und sind Ursache vieler Erkrankungen. Durch eine in die Ausbildung integrierte vorbeugende Gesundheitserziehung könnte erreicht werden, dass sich das allgemeine Gesundheitsniveau und damit auch die Lebensqualität vieler Menschen verbessert.

Die Alternative für Deutschland wird daher die vorbeugende Gesundheitserziehung und Information ausbauen. Durch entsprechende Präventionsprogramme und Angebote in Kindergärten und Schulen soll erreicht werden, dass die jungen Menschen von vornherein für die Risiken einer ungesunden Lebensführung sensibilisiert werden und zu einer gesundheitsbewussten Lebensführung angeregt werden.

#### ***E. Bildungshunger wecken, lernende Gesellschaft fördern***

Bildungspolitik muss den Hunger auf Bildung wecken. Bildungshunger erwächst aus dem Antrieb, sich selbst zu befähigen, die Welt zu verstehen, an ihr teilzuhaben, sich an ihr erfreuen und sie mitgestalten zu können.

In diesem Sinne wird die Alternative für Deutschland mit ihrer Bildungspolitik die natürliche Neugier des Menschen ansprechen und die Freude am Lernen fördern, um eine Lern- und Bildungskultur in Brandenburg zu etablieren.

Im Mittelpunkt der bildungspolitischen Forderungen der Alternative für Deutschland steht der einzelne Mensch. Er soll in unserem Bildungssystem die bestmögliche Förderung erfahren, die seinen Begabungen, Motivationen, und seinem jeweiligen Entwicklungsstand entspricht.

Bildung zielt für uns im Humboldt'schen Sinne auf die allseits gebildete Person, die ihre handwerklich-technischen Fähigkeiten, ihre zwischenmenschlichen Beziehungsmöglichkeiten, ihre ästhetische Wahrnehmungs-, Gestaltungs- und Urteilsfähigkeit genauso entwickelt wie ihre ethische und politische Handlungskompetenz. Eine derartig breit angelegte Bildung ist die beste Grundlage dafür, bodenständig und frei leben zu können.

Mit unserem Bildungsverständnis unvereinbar ist das moderne, rein funktionale Bildungsverständnis, das allein an der wirtschaftlichen Verwertung von Bildung orientiert ist. Ein derartig einseitiges Bildungsverständnis will den fachlichen Spezialisten, der jenseits seines Fachgebietes eine nur unzureichende Handlungskompetenz hat und dem damit auch das Selbstbewusstsein fehlt, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren.

Der natürliche Ort, an dem Menschen Bildung und Erziehung als individuelle Entfaltung und Teilhabe an der menschlichen Gesellschaft zuerst und am nachhaltigsten erfahren, ist die Familie. Sie trägt nach Auffassung der Alternative für Deutschland in erster Linie die Verantwortung für die Erziehung der Kinder. Eine wirklichkeitsgerechte Bildungspolitik muss daher ihren Beitrag dazu leisten, diese natürliche Funktion der Familie – auch und gerade bei schwierigen Verhältnissen – zu stärken und zu unterstützen.

## **1. Das Schulangebot muss den Schülern gerecht werden**

Die Schule muss nach Auffassung der AfD dafür in allen Schulstufen ein Ort des Wissenserwerbs und der erfüllten Neugier sein. Schule ist aber gleichzeitig auch Lebensraum für Lehrer und Schüler. Eine ganzheitliche Bildung muss sich im Lebensraum Schule widerspiegeln. Um den Schülern gerecht zu werden fordert die AfD:

### **a) Kein Unterrichtsausfall durch Lehrermangel**

In Brandenburg fällt immer häufiger Unterricht aus, weil nicht genug Lehrer zur Verfügung stehen. Das kann im Interesse der Schüler nicht hingenommen werden. Die Schüler haben einen Anspruch darauf, dass sie das für ihre berufliche und persönliche Entwicklung erforderliche Unterrichtsprogramm auch tatsächlich angeboten bekommen. Dafür wird sich die AfD einsetzen.

### **b) Wohnortnahes Grundschulangebot gewährleisten**

Der mit der demographischen Entwicklung eintretende Rückgang der Kinderzahlen wird insbesondere im ländlichen Raum auch ein Schrumpfen der Schülerzahlen mit sich bringen. Damit wird es schwerer, Grundschulangebote in Wohnortsnähe anzubieten. Für Kinder in Grundschulalter ist ein wohnortnahes Angebot des schulischen Unterrichts aber von besonderer Bedeutung.

Die Alternative für Deutschland wird sich daher für ein wohnortnahes Angebot für Grundschüler einsetzen. Dafür sollen auch neue Wege beschritten werden.

So sollen kleine, einzügige Grundschulen erhalten oder wo nötig neu eingerichtet werden. Dabei können die Grundschulen mit überschaubaren Klassenverbänden als Abteilungen größerer Schulverbände mit einer zentralen Schulleitung organisiert werden, um den Leitungs- und Organisationsaufwand zu minimieren.

### **c) Beibehaltung der Kopfnoten und der Möglichkeit zur Wiederholung einer Klassenstufe**

Eine ganzheitliche Bildung, die nicht nur die Wissensvermittlung im Blick hat, muss den Schülern auch Standards für die Mitarbeit und das soziale Verhalten aufzeigen. Dafür ist es wichtig, dass nicht nur die Leistungen in den einzelnen Fächern benotet werden, sondern mit den sog. Kopfnoten auch die Mitarbeit und das soziale Verhalten.

Die AfD setzt sich im Interesse der Schüler auch für eine Beibehaltung der Möglichkeit zur Wiederholung einer Klassenstufe ein. Der Unterricht in den folgenden Klassenstufen baut darauf auf, dass die Schüler den Unterrichtsstoff der vorhergehenden Klassenstufe sicher beherrschen. Ist das nicht der Fall, eröffnet die Wiederholung einer Klassenstufe die Chancen auf eine erfolgreiche schulische Entwicklung. Wenn demgegenüber die Wiederholung einer Klassenstufe ausgeschlossen wird, belasten die nicht ausgeräumten schulischen Defizite die weitere schulische und persönliche Entwicklung der Schüler.

**d) Einschulung erst nach vollendetem 6. Lebensjahr**

Die AfD tritt für eine Einschulung nicht vor dem vollendeten 6. Lebensjahr ein, da die Früheinschulungen erfahrungsgemäß häufig zu nachhaltigen Entwicklungsproblemen der Kinder führen.

**e) Perfekte Beherrschung grundlegender Kulturtechniken muss vorrangiges Ziel des Grundschulunterrichts sein**

Lesen, Schreiben und Rechnen sind grundlegende Kulturtechniken, deren Beherrschung bei vielen nicht mehr mit Selbstverständlichkeit erwartet werden kann. Lese-, Schreib- oder Rechenschwäche sind für jeden Menschen eine schwere Hypothek, die die persönliche und berufliche Entwicklung erschweren oder sogar blockieren kann.

Deswegen fordert die Alternative für Deutschland, dass die Lehrpläne in den Grundschulen nachhaltig gestrafft und auf die Vermittlung der wesentlichen Kulturtechniken konzentriert werden. Damit soll die notwendige Zeit gewonnen werden, um dem Einüben, aber auch dem Auswendiglernen wieder eine deutlich stärkere Stellung zu geben. Es geht dabei nicht um die Menge des Schulstoffes, sondern darum, dass die Kinder nach der vierten Grundschulklasse die grundlegenden Kulturtechniken sicher und souverän beherrschen.

**f) Übergang in weiterführende Schulen nach 5. Schuljahr**

Die Alternative für Deutschland wird sich dafür einsetzen, dass die Schüler statt wie bisher nach dem 6. Schuljahr in Zukunft bereits nach dem 5. Schuljahr in die weiterführende Schule wechseln. Ein Schulwechsel nach der 6. Klasse fällt meistens mit der beginnenden Pubertät zusammen. Die mit der Pubertät einhergehenden persönlichen Veränderungen erschweren einen guten Start im neuen Umfeld. Deswegen hat sich der Schulwechsel nach dem 6. Schuljahr und in der Schulpraxis als sehr ungünstig erwiesen.

Neben dem zeitlichen Vorziehen des regulären Schulwechsels auf die Vollendung des 5. Schuljahres muss jedoch für besonders begabte Schüler die Möglichkeit eines Überganges nach dem 4. Schuljahr (Schnellläufer) bestehen bleiben.

**g) Für ein Schulsystem, das nach Begabung und Motivation gegliedert ist**

Einheitsschulsysteme wie die Gesamtschule oder die Gemeinschaftsschule haben sich als ungeeignet erwiesen, den sehr unterschiedlichen Begabungen und Motivationen der Schüler gerecht zu werden. In der Regel werden die schwächeren Schüler überfordert und die leistungsstärkeren unterfordert. In der Praxis führt das - wie zahlreiche Untersuchungen gezeigt haben - dazu, dass diese Schulformen leistungsmäßig den hergebrachten, nicht integrierten Schulen gegenüber deutlich unterlegen sind. Die Alternative für Deutschland tritt daher mit Nachdruck für eine deutlich nach Begabung und Motivation gegliedertes Schulsystem ein, das ein hohes Maß an Durchlässigkeit von einer Schulform in eine andere bietet.



#### **h) Flächendeckendes Angebot einer stark berufs- und praxisorientierten Schulform**

Schüler, die früher Hauptschulen besuchten, weil sie stärker praktisch als theoretisch begabt waren und sich häufig auch als leistungsschwächer erwiesen, besuchen in Brandenburg heute in der Regel integrierte Schulen. Dort können diese Schüler aber nur ungenügend gefördert werden, weil die integrierten Schulen die für die damaligen Hauptschulen charakteristische starke Berufs- und Praxisorientierung des Unterrichts nicht anbieten können.

Die Alternative für Deutschland setzt sich daher für ein flächendeckendes Angebot einer stark berufs- und praxisorientierten Schulform ein. In diesen Schulen soll möglichst früh eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen stattfinden. Dabei sind die Lehrpläne auf den tatsächlichen beruflichen Bedarf abzustellen, damit dem wachsenden Mangel an qualifizierten Lehrlingen frühzeitig begegnet werden kann.

#### **i) Errichtung von Realschulen mit einem mittleren Bildungsabschluss**

Die Realschulen haben sich in den etwa hundert Jahren ihres Bestehens in Deutschland als solide Schulform bewährt. Sie haben ihre Stärke besonders im mittleren beruflichen Qualifikationsbereich immer wieder bewiesen.

Die Alternative für Deutschland fordert daher für Brandenburg die Wiedererrichtung von Realschulen mit einem mittleren Bildungsabschluss.

Die Realschulen sollen auch die Möglichkeit bieten, qualifizierten Schülern nach dem mittleren Schulabschluss in einer Aufbaustufe das Fachabitur zu vermitteln

#### **j) Erhalt des Gymnasiums als primäre Schulform zur Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Hochschulstudium**

Das Gymnasium ist diejenige Schulform, die mit dem Abitur und mit ihrer spezifischen Lern- und Arbeitsweise die Voraussetzungen für die Aufnahme eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums vermittelt. Allerdings hat in den letzten Jahrzehnten eine starke Inflationierung der Leistungsstandards stattgefunden. Sie ging einher mit einem überaus hohen Schüleranteil, der auf das Gymnasium wechselte, dem aber vielfach das Interesse oder auch die Begabung für wissenschaftliches Denken und Arbeiten fehlte.

Die Alternative für Deutschland will das Gymnasium mit seiner spezifischen Aufgabe und Ausrichtung erhalten und stärken, weil es sich wie keine andere Schulform bei dieser Aufgabe bewährt hat.

#### **k) Rückkehr zum gymnasialen Abitur nach dem 13. Schuljahr**

Die von der Landesregierung eingeführte Verkürzung der Schulzeit für Gymnasiasten hat sich nicht bewährt. Während Gymnasiasten ihr Abitur bereits nach dem 12. Schuljahr ablegen müssen, werden Gesamtschülern merkwürdigerweise 13 Schuljahre zugestanden, den gleichen Lehrstoff zu bewältigen.

Für Gymnasiasten bedeutet die Verkürzung der Schulzeit mehr Schulstress, aber auch eine deutliche Verkürzung der freien Zeit für außerschulische Aktivitäten. Das beschränkt die Möglichkeit von sportlichen und musischen Aktivitäten ebenso wie etwa von ehrenamtlichem Engagement. Das Gymnasium wird damit für viele vergleichsweise unattraktiv.

Die Alternative für Deutschland wird sich daher dafür einsetzen, dass das Abitur auch an Gymnasien in Zukunft erst nach dem 13. Schuljahr abzulegen ist.

#### **l) Abschied vom „Akademisierungswahn“ und gesellschaftliche Aufwertung anderer Bildungsgänge**

Die Alternative für Deutschland lehnt die einseitige Orientierung der Bildungspolitik an einer akademischen Karriere als gleichsam höchstem Ideal persönlicher Entwicklung ab. Dieser

Akademisierungswahn wird weder den Menschen noch der Gesellschaft gerecht, die auch auf andere berufliche Qualifikationen angewiesen ist. Der Anteil der wirklich wissenschaftlich Interessierten und entsprechend motivierten Heranwachsenden ist weit kleiner, als der steigenden Anteil von Hochschülern suggeriert. Von daher ist die Forderung etwa der OECD, der Anteil der Hochschüler in Deutschland müsse auf das Niveau anderer Ländern ansteigen, abwegig, da sie verkennt, das man dort vielfach keine anderen anerkannten berufsqualifizierenden Abschlüsse kennt, die als Alternative zum Studium in Betracht kämen. Die Alternative für Deutschland wird sich daher für eine breite Palette akademischer und anderer Bildungsgänge einsetzen, die den unterschiedlichen Interessen, Begabungen und Motivationen der Menschen gerecht werden. Sie sieht es als eine wesentliche Aufgabe der Politik an, die gesellschaftliche Anerkennung nicht-akademischer Abschlüsse und Berufe zu fördern.

#### **m) Statt genereller Inklusion: Erhalt und Ausbau der Förderschulen**

Das auch in Brandenburg praktizierte System der sog. Inklusion muss bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt als mehr oder weniger gescheitert angesehen werden. Personalmangel und unzureichende finanzielle Ausstattung der Schulen zeigen schon jetzt, dass die wesentlichen Ziele, die damit verbunden werden, nicht zu erreichen sind.

Die Alternative für Deutschland spricht sich dort, wo das unproblematisch zu gestalten ist, für eine gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Schülern aus. Dabei muss jedoch das Wohl der Schüler, insbesondere der behinderten, ausschlaggebend sein. Von daher kann es kein automatisches Recht auf gemeinsame Beschulung geben.

Jede Schule muss selbst entscheiden, ob sie über die materiellen und personellen Voraussetzungen für eine problemlose Integration von behinderten Schülern verfügt. Fachleute müssen im Zweifel darüber entscheiden, welche Form der Beschulung im jeweiligen Fall vorzuziehen ist.

In keinem Fall darf es durch die Inklusion zur Zerschlagung des bewährten Förderschulwesens kommen. Die Alternative für Deutschland fordert daher, die brandenburgischen Förderschulen zu erhalten, besser auszustatten und wo nötig auszubauen.

### **2. Ausbau des Praxisbezugs der Lehrerausbildung**

Nach Auffassung der Alternative für Deutschland leidet die derzeitige Lehrerausbildung in Brandenburg unter einem Mangel an Praxisbezug. Mit der praktischen Ausbildung erst in der zweiten Ausbildungsphase zu beginnen, ist viel zu spät. Bereits die Zulassung zum Studium der Lehrämter sollte ein verbindliches längeres Praktikum voraussetzen, in dem der Kandidat seine Befähigung im Umgang mit Heranwachsenden als Voraussetzung für den Lehrerberuf sowie seine Belastbarkeit nachzuweisen hat. Das Praktikumszeugnis sollte die Voraussetzung zur Zulassung zum Studium bilden.

Die Alternative für Deutschland lehnt den angestrebten Ausbildungsgang zum Einheitslehrer, der unabhängig von der Schulform agiert, grundlegend ab, da hierdurch den jeweils erforderlichen Bedürfnissen der verschiedenen Schulformen und ihrer Schüler nicht ausreichend entsprochen werden kann.

### **3. Hochschulen und universitäre Bildung in Brandenburg neu ausrichten**

#### **a) Beendigung des Bologna-Prozesses an den Brandenburger Universitäten**

Das von den Kultus- und Wissenschaftsministern der Europäischen Union in den Konferenzen von Bologna und Prag formulierte politische Ziel, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen, der Studierenden eine bessere Vergleichbarkeit der Studienab-

schlüsse, mehr Mobilität und kürzere Studienzeiten erlauben soll, muss nach Jahren der praktischen Umsetzung als gescheitert angesehen werden.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass eine durchgehende Modularisierung aller Studiengänge in Europa undurchführbar ist und der Versuch bereits zu deutlichen Einschränkungen der wissenschaftlichen Qualität der Lehre geführt hat.

Tatsache ist, dass die meisten Ziele des Bologna-Prozesses nicht nur nicht erfüllt, sondern sogar in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Auch die Anerkennung der Abschlüsse wurde alles andere als erleichtert. Ebenso hat sich herausgestellt, dass eine Verkürzung des Studiums, wenn überhaupt, nur um den Preis der Beschränkung auf den bezüglich seiner Verwendbarkeit sehr umstrittenen Bachelor-Grad zu erreichen ist. Infolge dieser Entwicklung explodieren gegenwärtig geradezu die Abbruchquoten an den deutschen Hochschulen.

Die Alternative für Deutschland fordert daher die Beendigung des Bologna-Prozesses an den Hochschulen des Landes Brandenburg. Mindestens jedoch müssen die einzelnen Fakultäten und Fachbereiche das Recht erhalten, selbst zu entscheiden, welchen Abschluss (Bachelor/Master oder Diplom /Staatsexamen) sie anbieten wollen.

#### **b) Aufhebung der Fusion von Technischer Hochschule Cottbus und Technischer Fachhochschule Lausitz**

Fachhochschulen und Universitäten haben grundsätzlich einen unterschiedlichen Auftrag im Bildungssystem. Die Alternative für Deutschland tritt daher dafür ein, dass sie entsprechend ihrem Bildungsauftrag ihr je eigenes Profil wahren und weiterentwickeln können. Die Zusammenführung beider Hochschulformen zu einer Gesamthochschule hat sich nirgendwo bewährt.

Die Alternative für Deutschland tritt daher dafür ein, die Fusion der Technischen Hochschule Cottbus und der Technischen Fachhochschule Lausitz wieder aufzuheben.

#### **c) Neuregelung des Hochschulzugangs: Auswahl der Studienbewerber durch die Hochschulen**

Abnehmende Studierfähigkeit und schlechte Vorbereitung auf den gewählten Studiengang haben in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Zahl von Studienabbrüchen geführt. Das führt auf Seiten der Studenten zu vermeidbaren Kosten und Zeitverlusten und auf Seiten der Hochschulen zu vermeidbaren Fehlinvestitionen.

Die Alternative für Deutschland plädiert daher dafür, den Hochschulzugang grundsätzlich neu zu regeln. Die Hochschulen müssen das Recht erhalten, unter den Studienbewerbern ihre Studenten nach eigenen Bewertungsmaßstäben selbst auszuwählen. Dies eröffnet die Chance, die Eignung der Studienbewerber nicht nur anhand der Abiturnoten zu bewerten, sondern auch Interesse, Begabung und Motivation für den angestrebten Studiengang zu berücksichtigen.

#### **d) Ausbau und Förderung von Angeboten öffentlicher und privater Fernuniversitäten**

Die Angebote öffentlicher Fernuniversitäten, wie etwa der Fernuniversität Hagen, sowie privater Anbieter eröffnen neben den Präsenz-Universitäten attraktive Aus- und Fortbildungsangebote, die sich insbesondere an Studenten richten, die nicht permanent an einem Studienort anwesend sein können oder nebenberuflich in Teilzeit studieren wollen. Mit dem Ausbau des Breitband-Internet-Angebotes wird auch diese Form der Aus- und Fortbildung an Attraktivität gewinnen. Sie bietet eine

- Chance für den ländlichen Raum, weil auch dort - abseits der Ballungszentren- studiert werden kann,
- kostengünstige Alternative zum Präsenzstudium,
- Chance für ein nebenberufliches Universitätsstudium,

- Chance für Aufbaustudium und Fortbildung.

Die Alternative für Deutschland wird sich dafür einsetzen, dass in Brandenburg das erforderliche Informations-, Beratungs- und Betreuungsangebot von Anbietern von Fernunterricht verfügbar gemacht wird, um die Zugangsmöglichkeiten zur universitären Aus- und Fortbildung zu erweitern. Sie wird sich insbesondere dafür einsetzen, dass die Fernuniversität Hagen auch in Brandenburg ein Regional- und Studienzentrum anbietet.

### ***F. Kulturpolitik: Kultur wertschätzen und fördern***

Bildung, Wissenschaft und Kultur besitzen ihren jeweils eigenen Wert. Doch anders als bei Bildung und Wissenschaft, ist bei Etat-Einschnitten zuerst die Kultur betroffen. Dem liegt ein Verständnis von Kultur zugrunde, das sie als bloße Funktion von Bildung, Tourismus oder Marketing versteht. Über den unmittelbaren ökonomischen Nutzen hinaus stärkt Kultur jedoch die Identität und den Zusammenhalt der Gesellschaft und erhöht die Attraktivität des Standortes.

Die AfD will dem durch ihre Kulturpolitik Rechnung tragen.

- Bisher vom Land geförderte Kultureinrichtungen sind in ihrer finanziellen Ausstattung zu stabilisieren. Dabei ist es wichtig, die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Verantwortlichkeit der Akteure auch im Hinblick auf mögliche Verluste zu stärken.
- Bürgerschaftliche und privatwirtschaftliche Kulturinitiativen im Land (z.B. Museen- und Kulturhöfe) sollen eine besondere Förderung genießen. Dies macht es erforderlich, die Mittel für die Förderung freier Projekte zu erhöhen.
- Der Zugriff auf Gelder der europäischen Kulturförderung soll entbürokratisiert und die Förderkriterien entideologisiert werden.
- Zur Stärkung der Bibliotheken und deren Umwandlung zu Zentren für eine spartenübergreifende kulturelle Nutzung (wie z.B. bei der Bibliothek im Bahnhof Luckenwalde, bei der Landesbibliothek/Wissensspeicher Potsdam) soll ein Investitionsprogramm aufgelegt werden.
- Kulturbürokratie, wie sie im Zusammenhang mit politischen Kampagnen (z.B. „Kulturelle Bildung“) entstanden ist, soll beschnitten werden. Die dabei frei werdenden Mittel sollen für die Projektförderung verwendet werden.

### ***G. Freiheit und Sicherheit gewährleisten***

#### **1. Grundsatz: Staatliches Gewaltmonopol und staatliche Pflichtaufgaben**

Die Alternative für Deutschland sieht es als wichtigste Aufgabe des Staates an, die öffentliche Sicherheit sowie Rechtssicherheit zu gewährleisten. Während das eine die zeitnahe Präsenz der Polizei voraussetzt, ist für das andere eine zügige Behandlung gerichtlicher Streitigkeiten erforderlich. Beide sind Grundlage für Freiheit und Wohlstand der Bürger.

In der öffentlichen Diskussion zur inneren Sicherheit geht unter, dass das Gewaltmonopol des Staates dafür da ist, die Freiheit der Bürger vor rechtswidriger privater Macht- und Gewaltausübung zu schützen. Wo der Staat mangels einer hinreichenden Ausstattung der Polizei sein Gewaltmonopol nicht mehr ausüben kann, ist der Bürger kriminellen Einzeltätern und Banden schutzlos ausgeliefert. Entsprechendes gilt für die Arbeit der Justiz: Zu lange Gerichtsverfahren schaffen nicht nur Rechtsunsicherheit, sie begünstigen im Ergebnis rechtsmissbräuchli-

ches Verhalten zum Schaden der Rechtstreuen. Beides unterminiert unsere freiheitlich verfasste Gesellschaft. Ohne hinreichenden staatlichen Schutz fühlt sich der Bürger ohnmächtig und ausgeliefert. Das kann früher oder später dazu führen, dass er Recht und Sicherheit selbst in die Hand nimmt. Oder er verlässt die Region und gibt sie auf, investiert nicht mehr und siedelt sich woanders an. Solche Fehlentwicklungen müssen verhindert werden.

Die AfD wird sich daher vordringlich für eine Stärkung der öffentlichen Sicherheit und der Rechtssicherheit in Brandenburg einsetzen.

## **2. Öffentliche Sicherheit gewährleisten**

Die Kriminalitätsentwicklung im Berliner Umland und im Grenzgebiet zu Polen macht deutlich, dass die Landesregierung bei ihrer Aufgabe versagt hat, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die von ihr eingeleitete Polizeireform, die eine Konzentration der Polizeidienststellen zum Ziel hat, aber einen Rückzug der Polizei aus der Fläche bedeutet, hat sich als der falsche Weg erwiesen. Wenn die Sozialdemokraten nun nach einem Bundesprogramm zur Förderung von Einbruchschutz- und Sicherheitsmaßnahmen für Mieter, Haus- und Wohnungseigentümern rufen, ist das ein Eingeständnis des eigenen Versagens bei der Organisation der Sicherheitsbehörden. Zugleich ist es der untaugliche Versuch, die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit auf die Bürger abzuwälzen.

Die Alternative für Deutschland tritt daher für eine Neuausrichtung der polizeilichen Arbeit in Brandenburg ein:

### **a) Präsenz der Polizei in der Fläche sicherstellen**

Ob Täter oder schutzbedürftige Bürger sich sicher fühlen, hängt davon ab, ob und wie schnell mit dem Eingreifen der Polizei gerechnet werden kann. Ist die Polizei wie heute in weiten Teilen Brandenburgs in der Fläche nicht mehr präsent, die Anfahrt berechenbar lang, fühlt sich der Täter sicher - aber nicht der Bürger. Deswegen will die Alternative für Deutschland die Polizeipräsenz in der Fläche wieder herstellen und die Zeiten zwischen Notruf und Eintreffen der Polizei deutlich reduzieren. Dafür ist es erforderlich – angepasst an die regionalen Verhältnisse – mit einer optimierten Zahl kleiner Polizeiwachen in der Fläche präsent zu sein. Dies hilft auch dabei, unnütze Wege und Leerfahrten der Polizei zu reduzieren und Zeit für die eigentliche Polizeiarbeit zu gewinnen.

### **b) Mehr Polizeibeamte für polizeiliche Arbeit einsetzen**

Um eine stärkere Präsenz der Polizei in der Fläche zu ermöglichen, wird die Alternative für Deutschland sich dafür einsetzen, dass mehr Polizeibeamte für die polizeiliche Arbeit im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen.

Die Alternative für Deutschland wird daher die Zahl der Polizeibeamten in Brandenburg nicht weiter abbauen. Zugleich wird sie Polizeibeamte von Verwaltungsaufgaben entlasten und darauf hinwirken, dass Polizeibeamte grundsätzlich nur noch für polizeiliche Aufgaben im öffentlichen Raum eingesetzt werden. Dazu gehört auch, dass Polizeibeamten in Zukunft grundsätzlich von der Aufgabe entlastet werden, Geschwindigkeitskontrollen mit mobilen Mess- und Blitzgeräten durchzuführen. Diese Aufgabe kann auch von allgemeinen Ordnungsbehörden und Verwaltungskräften der Polizei wahrgenommen werden.

Für Verwaltungsaufgaben in den Polizeidienststellen sollen möglichst Verwaltungskräfte aus der Landesverwaltung gewonnen werden, die auf Stellen sitzen, die absehbar nicht mehr benötigt werden und auf Dauer wegfallen werden.

### **c) Stopp von Geschwindigkeitskontrollen zur Haushaltssanierung**

Die zunehmende Zahl der Geschwindigkeitskontrollen erweckt den begründeten Verdacht, dass sie vielfach nicht mehr der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr dienen, sondern

der Haushaltssanierung. Eine solche Praxis wäre rechtswidrig. Was auch immer die Hintergründe sein mögen: Allein schon der Eindruck, dass die Einnahmebeschaffung und nicht die Gefahrenabwehr der Anlass für Geschwindigkeitskontrollen sind, richtet großen Schaden an: Es schwächt das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat und das rechtstaatliche Handeln der Polizei. Dies umso mehr, als bekannt ist, dass das Land von der Polizei eine „freiwillige Selbstverpflichtung“ erwartet, wie viel Bußgeldbescheide jeder Polizeibeamte pro Jahr liefern wird.

Die Alternative für Deutschland wird dafür sorgen, dass das Instrument der Geschwindigkeitskontrolle ausschließlich zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr eingesetzt wird.

Die Alternative für Deutschland wird dafür sorgen, dass die Landesverwaltung keine finanziellen Vorteile aus der Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen ziehen kann und damit ein finanzieller Anreiz für sachlich nicht gebotene Geschwindigkeitskontrollen entfällt.

#### **d) Kriminalitätsstatistik: Kein Schönrechnen der Realität**

Eine aussagekräftige Kriminalstatistik ist die Grundlage für eine problemorientierte Polizeiarbeit. Die Aussagekraft der Kriminalitätsstatistik beruht dabei aber nicht nur auf der relativen Veränderung der Werte gegenüber denen der Vorjahre, sondern vor allem auch darauf, ob und inwieweit Straftaten gemeldet und erfasst werden. Darüber hinaus hängt ihre Aussagekraft davon ab, dass die Daten nach einheitlichen Kriterien, nämlich entsprechend den vom Bundeskriminalamt herausgegebenen Richtlinien zur Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden. Investigative Presseberichte haben aufgedeckt, dass es substantielle Hinweise darauf gibt, dass die Kriminalstatistik in Brandenburg aufgrund von Dienstanweisungen geschönt wird.

Zur Verbesserung der Aussagekraft der Brandenburger Kriminalitätsstatistik fordert die Alternative für Deutschland daher:

- Einrichtung eines Untersuchungsausschusses des Landtages, um zu klären, ob und inwieweit die Ergebnisse der Brandenburger Kriminalitätsstatistik aufgrund von Dienstanweisungen der Landesregierung geschönt wurden,
- zu prüfen, welchen Einfluss die Abschaffung von Meldeverpflichtungen auf die Ausweisung von bestimmten Deliktshäufigkeiten gehabt hat,
- zu prüfen, inwieweit in der Praxis bestimmte Massenstraftaten (z.B. Drogenhandel, Zwangsprostitution, Geldwäsche durch Scheingewerbe) ignoriert werden und deswegen in der Statistik nicht sichtbar werden.
- bei der Meldung von Straftaten die Staatsangehörigkeit sowie ggf. den Migrationshintergrund des Täters zu erfassen,
- das Sicherheitsempfindens der Bevölkerung in den verschiedenen Regionen des Landes demoskopisch zu ermitteln, insbesondere auch, welche Sicherheitsrisiken aus Sicht der Bürger in ihrem Lebensumfeld besondere Relevanz haben.
- die Ergebnisse der Kriminalitätsstatistik zu veröffentlichen und die Art, Häufigkeit der Delikte, Alter, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund der Täter für die einzelnen Städte und Gemeinden des Landes transparent zu machen.

#### **e) Bekämpfung der organisierten Kriminalität**

Eine besondere Herausforderung für die Innere Sicherheit stellt das organisierte Verbrechen dar. Das zeigt sich insbesondere im Berliner Umland und den Grenzregionen. Mafia, Familien-Clans, Rockerbanden und andere Gruppierungen stellen hier tagtäglich den Rechtsstaat in Frage, betreiben Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, zwingen Frauen, Mädchen, manchmal auch junge Männer zur Prostitution, begehen Diebstähle, Raubtaten und Körperverletzungen bis hin zum Mord.

Macht und Einfluss der Verbrecher machen es für die Beamten zu einem persönlich gefährlichen Unterfangen, sich diesen Organisationen entgegen zu stellen.

Die Alternative für Deutschland wird sich dafür einsetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass eine wirkungsvollere Bekämpfung der organisierten Kriminalität möglich wird. Zudem soll die Zusammenarbeit zwischen der Steuerfahndung und den Wirtschaftsdezernenten bei den Staatsanwaltschaften intensiviert werden.

#### **f) Opfer- und Zeugenschutz ausbauen**

Zur wirksamen Verfolgung von Verbrechen der Organisierten Kriminalität sowie von Gewaltverbrechen ist eine wirksame Stärkung des Opfer- und Zeugenschutzes erforderlich. Bürger, aber auch mit der Strafverfolgung befasste Beamte, sind wirksam vor einer Beeinflussung oder der Rache der Straftäter oder ihrer Hintermänner zu schützen. Es muss verhindert werden, dass jemand aufgrund seiner Bereitschaft vor Gericht auszusagen, ein zweites Mal zum Opfer wird. Auch dürfen Straftäter nicht deswegen ungeschoren davonkommen, weil sie Zeugen einschüchtern konnten.

Aus diesem Grund werden wir in Zusammenarbeit mit dem Weißen Ring Opferschutzstellen einrichten, die ihre Klienten gezielt über ihre Rechte und Möglichkeiten aufklären und sie bei Behördengängen und rechtlichen Maßnahmen unterstützen und begleiten. Auch psychologische Hilfe soll dort angeboten werden.

Wir werden jedem Opfer als Nebenkläger im Strafverfahren einen Opferanwalt zur Seite stellen. Denn wenn der Täter Anspruch auf einen Pflichtverteidiger hat, muss auch das Opfer über eine juristische Unterstützung verfügen.

Wir werden in Brandenburger Gerichten geschützte Zeugenschutzzimmer und Vernehmungszimmer mit Videotechnik einrichten lassen, um auch hier eine Bedrohung und Beeinflussung auszuschließen.

### **3. Arbeit der Justiz wirkungsvoller machen**

Die Arbeit der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden erweist sich vielfach als wirkungs- und folgenlos, weil die Gesetzeslage es den Tätern in vielerlei Hinsicht leicht macht, sich den gebotenen Sanktionen zu entziehen. Dazu tragen auch die Überlastung der Strafgerichte und die häufig zu lange Verfahrensdauer bei. Handlungsbedarf besteht insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität, der Gewaltkriminalität, der organisierten Kriminalität sowie der Ausländerkriminalität. Die AfD will mit einer Reihe von Gesetzesinitiativen über den Bundesrat erreichen, dass Polizei und Justiz bei der Verfolgung und Ahndung von Straftaten wirkungsvollere Instrumente zur Hand haben.

#### **a) Schrankenlose Privilegierung des Alkoholgenusses als Schuld mildernden Zustand beseitigen**

Eine Verfolgung und Ahndung von Gewalttaten erweist sich vielfach als nicht möglich, weil Täter sich darauf berufen können, zur Zeit der Tatbegehung volltrunken gewesen zu sein. Dabei kommt ihnen die geltende Gesetzeslage entgegen, wonach auch bei einer schuldhaft herbeigeführten Alkoholisierung ein kräftiger Strafnachlass zu gewähren ist. Da die Behauptung, volltrunken gewesen zu sein, häufig nicht zu widerlegen ist, führt dies oft zu milden Urteilen, die vor allem bei Tötungsdelikten nur noch als eine Verhöhnung der Opfer empfunden werden kann. Die Alternative für Deutschland wird durch Änderung der einschlägigen Vorschriften diese schrankenlose Privilegierung des Alkoholgenusses als Schuld mildernden Zustand beseitigen.

### **b) Wirkungsvollere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und von Vermögensdelikten durch Einführung eines erleichterten Verfahrens bei Anordnung des Verfalls und der Einziehung von Vermögen**

Bei Straftaten aus dem Bereich der organisierten Kriminalität sowie bei komplexen Vermögensdelikten kommt es häufig nicht zu einer Abschöpfung der durch die Straftat erlangten Vermögenswerte, weil die geltenden Verfahrensregelungen dies in der Praxis verhindern. Nach geltender Rechtslage müsste über die Vermögenseinziehung als Folge der Straftat in der gerichtlichen Hauptverhandlung entschieden werden. Da Finanzermittlungen aber sehr zeitaufwendig sind, können häufig bis zur Hauptverhandlung keine ausreichenden Erkenntnisse gesammelt werden, die es ermöglichen würden, den Tätern die Früchte ihrer Taten wieder zu nehmen. Deswegen kommt es vielfach nur zu einer strafrechtlichen Verurteilung.

Die Alternative für Deutschland wird sich für eine Gesetzesänderung einsetzen, die eine wirkungsvollere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und von Vermögensdelikten ermöglicht. Dafür soll ein nachträgliches Verfahren eingeführt werden, dass die Nachholung der Vermögenseinziehung auch noch nach der Hauptverhandlung ermöglicht.

### **c) Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Ausländerkriminalität**

Der Anteil der Ausländer am Gesamtaufkommen der Kriminalität übertrifft den Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei weitem. In einzelnen Bereichen dominieren Ausländer als Täter deutlich. Dies gilt etwa auch für Jugendgewalttaten. Die Kriminalitätsbelastung durch ausländische Täter ist daher weitaus mehr als nur besorgniserregend. Die bisher halbherzige Haltung des Staates gegenüber kriminellen Ausländern und deren Aufenthalt in Deutschland stößt in der Bevölkerung auf Unverständnis und kann daher ausländerfeindlicher Agitation Nahrung geben. Es ist daher dringend geboten, die Kriminalitätsbelastung durch ausländische Täter wirkungsvoller zu bekämpfen.

Die Alternative für Deutschland wird sich daher für folgende Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Ausländerkriminalität einsetzen:

- Ausweitung der Fälle zwingender Ausweisung,
- Vollziehbare Ausweisungsverfügung durch Strafurteil,
- Präventive Ausweisungstatbestände für Täter aus dem Bereich der organisierten Kriminalität,
- Einschränkung des besonderen Ausweisungsschutzes Jugendlicher durch Herabsetzung der dafür erforderlichen Höhe der Jugendstrafe,
- Verschärfung der Strafandrohung zur Bekämpfung illegalen Aufenthalts,
- Suche nach Drittstaatenlösungen für Personen, die aus humanitären und sonstigen Gründen nicht abgeschoben werden können,
- Verschärfung der kriminalitätsbezogenen Ausschlussgründe für die Einbürgerung

### **d) Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte einführen**

Die Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten hat ein unerträgliches Maß erreicht. Viele „Mitbürger“ betrachten Polizeibeamte längst als eine Art Freiwild. Das hat dazu geführt, dass Polizeibeamte insbesondere in sog. „Problemvierteln“ der Ballungsgebiete meistens schon mit der Eigensicherung so ausgelastet sind, dass für den aktiven Schutz von Leib, Leben usw. anderer wenig Kapazitäten übrig bleiben. Da tätliche Angriffe auf Polizeibeamte nach geltendem Recht als Bagatelle eingestuft werden, muss es verschärft werden.



### **e) Erhöhung der Mindeststrafandrohung für Straßenraub**

Der Straßenraub ist besonders in Ballungsräumen zu einer regelrechten Plage geworden. Viele Kinder und Jugendliche betrachten ihn als spaßige Freizeitbeschäftigung, tausende, darunter überwiegend Kinder und Jugendliche, werden zu Opfern. Dem ist eine fühlbare Strafanandrohung entgegenzusetzen.

### **f) Anordnung von Untersuchungshaft auch ohne Haftgrund bei einem größeren Kreis von Gewaltdelikten**

Gewalttäter, gegen die polizeiliche Ermittlungen eingeleitet werden, müssen nach geltendem Recht von der Polizei nach der Feststellung ihrer Personalien in der Regel wieder entlassen werden, weil Haftgründe für die gerichtliche Anordnung von Untersuchungshaft nicht dargelegt werden können. Für Gewalttäter ist diese Praxis geradezu eine Ermunterung zu weiteren einschlägigen Taten. Die stetige Zunahme immer brutalerer Gewalttaten macht daher ein energischeres Durchgreifen im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Die Alternative für Deutschland wird sich daher für eine Gesetzesänderung einsetzen, die den Kreis der im Einzelnen benannten Gewaltdelikte ausweitet, bei denen eine Anordnung von Untersuchungshaft auch ohne Haftgrund möglich ist.

### **g) Strafprozessuale Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung und zur Entlastung der Strafgerichte einführen**

Für eine wirkungsvolle Kriminalitätsbekämpfung ist es erforderlich, dass der Täter alsbald nach der Tatbegehung strafrechtlich verurteilt wird. Dies ist wegen der Überlastung der Strafgerichte in Brandenburg in der Regel nicht gewährleistet. Die Alternative für Deutschland schlägt daher zur Entlastung der Strafgerichte und zur Verfahrensbeschleunigung folgende Gesetzesänderungen vor:

- Flächendeckende Einführung des Strafbefehls

In der strafgerichtlichen Praxis gibt es eine Vielzahl von Fällen aus allen Delikts- und Zuständigkeitsbereichen, in denen das Ergebnis der gerichtlichen Hauptverhandlung wegen der klaren Sach- und Beweislage für jeden Eingeweihten unschwer vorhersagbar ist. In diesen Fällen erweist sich die Durchführung von Gerichtsverhandlungen in der Regel als eine erhebliche Verschwendung von Zeit, Energie und Kosten. Mit dem Instrument des Strafbefehls lässt sich in diesen Fällen das Strafverfahren erheblich beschleunigen und die Strafgerichte entlasten.

Der Strafbefehl ist ein Urteil im schriftlichen Verfahren, welches der Angeklagte annehmen kann oder nicht. Nur bei einem Einspruch kommt es in diesen Fällen zu einer Gerichtsverhandlung. Nach geltendem Recht kann dieses Verfahren bisher lediglich bei Verfahren vor den Amtsgerichten und auf Vergehen angewandt werden.

Die Alternative für Deutschland wird sich für eine Gesetzesänderung einsetzen, die die beträchtlichen Rationalisierungspotentiale, die dem Strafbefehl innewohnen, für alle Strafverfahren zugänglich macht.

- Vollzugslockerungen für Strafgefangene nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft

Gegenwärtig entscheiden die Gefängnisverwaltungen allein über die Gewährung von Lockerungen beim Strafvollzug, wie z.B. den offenen Vollzug, Urlaub und Freigang, ohne dass die Staatsanwaltschaft hiervon auch nur etwas erfährt. Diese an sich der Resozialisierung dienenden Lockerungsmaßnahmen sind jedoch bei bestimmten Tatumsständen nicht geeignet, einer zukünftigen Straffälligkeit entgegenzuwirken. Sie wirken

dann wie eine unverdiente Strafverkürzung. Würde man die Gewährung von Lockerungen im Strafvollzug von der – gerichtlich überprüfbaren – Zustimmung der Staatsanwaltschaft abhängig machen, könnte manche falsche Entscheidung verhindert werden. Die Alternative für Deutschland will dies gesetzlich sicherstellen.

#### **h) Wiedereröffnung der Justizvollzugsanstalt in Frankfurt (Oder)**

Die nach aufwändiger Sanierung erst 1995 wieder eröffnete Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) ist von der Landesregierung 2013 geschlossen worden. Damit ist das Landgericht Frankfurt (Oder) der einzige Landgerichtsbezirk in Brandenburg, der über keine eigene Justizvollzugsanstalt verfügt. Dadurch wird es notwendig, die zu einer Haftstrafe verurteilten Täter über weite Strecken zu den westlich gelegenen Justizvollzugsanstalten des Landes zu transportieren. Das bindet zusätzliche Polizeikräfte.

Die Alternative für Deutschland sieht die Schließung der Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) angesichts des Kriminalitätsschwerpunktes im Osten Brandenburgs als falsches Signal an. Wer es der Justiz erschwert, die angeordnete Haft zu vollziehen, entmutigt sie, die erforderlichen Haftstrafen zu verhängen. Dass die Häftlingszahlen in den letzten Jahren rückläufig waren, ist sicherlich nicht auf einen allgemeinen Rückgang strafbarer Delikte und eine Verbesserung der Sicherheitslage in der Region zurückzuführen. Vielmehr besteht Grund zu der Annahme, dass durch den Rückzug der Polizei aus der Fläche in Folge der Polizeireform der Landesregierung viele Straftaten nicht mehr wirkungsvoll polizeilich verfolgt werden können, weil der Polizei in der Region das erforderliche Personal fehlt.

Die AfD fordert daher, die Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) wieder zu eröffnen und bei Auslastungsproblemen vorübergehend dem Land Berlin Kapazitäten anzubieten.

#### **i) Kommunalabgabengesetz ändern, Führung von Musterprozessen ermöglichen**

Bei der Erschließung von Grundstücken und dem Ausbau von Straßen werden Anlieger immer wieder mit Beitragsforderungen konfrontiert, die für sie rechtlich und tatsächlich nicht nachvollziehbar sind. Auch wenn sie Widerspruch gegen die Beitragsbescheide einlegen, haben sie als Einzelne vielfach nicht die finanziellen Möglichkeiten, die Rechtmäßigkeit der Bescheide gerichtlich überprüfen zu lassen. Das stört dauerhaft den Rechtsfrieden und belastet das Verhältnis zwischen Bürgern und Kommunalverwaltung.

Die AfD setzt sich daher für eine Zulassung von Musterklagen in Prozessgemeinschaften durch eine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes ein. Dadurch wird den Betroffenen eine rechtliche Prüfung der gegen sie gerichteten Bescheide ermöglicht. Musterprozesse kommen letztlich aber auch den Kommunen und der Justiz zugute, da sie die Zahl gerichtlicher Streitigkeiten reduzieren helfen.

### **4. Rettungsdienste und Notfallvorsorge verbessern**

#### **a) Rettungszeiten im Grenzgebiet zu Berlin verkürzen**

Das Sicherheitsempfinden der Bürger hängt nicht nur davon ab, wie schnell die Polizei nach einem Notruf zur Hilfe kommt, sondern auch davon, wie schnell gegebenenfalls Feuerwehr und Notarzt vor Ort sind. Entlang der Landesgrenze Berlin / Brandenburg werden die Einsatzorte in der Regel nur von den Rettungsdiensten des jeweiligen Landes angefahren, und zwar auch dann, wenn grenznahe Standorte von Notarztwagen im Nachbarland einen schnelleren Rettungseinsatz ermöglichen würden. Entsprechendes gilt für die Einlieferung in Krankenhäuser.

Um eine schnellere und sichere Versorgung von Notfallopfern im Grenzbereich zu erreichen, wird die AfD sich dafür einsetzen, dass die Einsatzplanung der Rettungsdienste im Grenzgebiet grenzübergreifend koordiniert und organisiert wird.

#### **b) Individuelle Notfallvorsorge fördern**

Ob Oderflut, Schneekatastrophe oder Risiko von flächendeckenden Stromausfällen: Die ungestörte Verfügbarkeit von Energie und Lebensmitteln sowie der unbeeinträchtigte Zugang zu Finanzdienstleistungen ist weniger selbstverständlich, als gute Zeiten es vermuten lassen. Vor wenigen Jahrzehnten war die Sensibilität dafür ausgeprägter. Viele Familien hatten einen Raum für Vorräte im Haus, mit denen sie kurzfristige Versorgungsengpässe hätten bewältigen können.

Die AfD sieht es als eine wichtige Aufgabe des vorbeugenden Bevölkerungsschutzes an, die Bürger in Zusammenarbeit mit den lokalen Kräften der Feuerwehr und der Rettungsdienste für die Bedeutung von Selbstvorsorgemaßnahmen zu sensibilisieren und darüber zu informieren.

### ***H. Arbeit und Kaufkraft schaffen***

#### **1. Mittelstandspolitik: Kleine und mittlere Unternehmen zum Jobmotor machen**

Die Wirtschaft in Brandenburg ist stark mittelständisch geprägt. Weniger als fünf Prozent der Brandenburger Unternehmen sind Großunternehmen und beschäftigen mehr als 250 Mitarbeiter. Die restlichen Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen. Sie bilden das eigentliche Rückgrat der Wirtschaft in Brandenburg.

Eine gute Wirtschaftspolitik in Brandenburg muss deshalb in erster Linie Mittelstandspolitik sein. Die derzeitige Landesregierung vernachlässigt den Mittelstand und setzt falsche Weichenstellungen: Viele Innenstädte im ländlichen Brandenburg sind gekennzeichnet durch leer stehende Läden, verfallende Häuser, wenige Einkaufskunden auf den Straßen. Land und Kommunen müssen durch Entwicklung neuer Konzepte prüfen, ob bestimmte Innenstädte städtebaulich so verändert werden können, dass sie für Käufer und Touristen attraktiv werden. Zu einer umfassenden Versorgung der Bevölkerung gehören sowohl die großen Supermärkte am Stadtrand wie auch Einzelhändler, Restaurants, Handwerker usw. in der Innenstadt. Das Handwerk gehört zu den Stützfeilern der wirtschaftlichen Entwicklung in Brandenburg. Gleichwohl stagniert die Zahl der Existenzgründungen und das Beschäftigungspotential ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Auch bei den Freien Berufen fehlt es an Dynamik. Entwicklungspotentiale bestehen in den rechtsberatenden, wirtschaftsberatenden und Ingenieurberufen – bei den medizinischen Berufen fordern wir ein Zukunftsprogramm „Gesundheit und ländlicher Raum“. Für Brandenburg mit seinen vielfältigen Naturreichtümern und Kulturlandschaften ist der Tourismus ein wichtiges Wachstumsfeld. In Verbindung mit der Gesundheits-, Kur- und Wellnesswirtschaft ist hier ein großes Potenzial gegeben, das gezielt gefördert werden muss. Und mit dem Ausbau des Breitbandnetzes wird es möglich, auch auf dem Land Unternehmen anzusiedeln, die auf eine leistungsfähige Informations- und Kommunikationsinfrastruktur angewiesen sind.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die AfD in Brandenburg dafür ein

- die wirtschaftliche Dynamik des Landes zu verbessern,

- den Beschäftigungsstand zu erhöhen und
- angemessene Sozialstandards zu gewährleisten.

Sie orientiert sich dabei an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft und setzt sich für mehr Wettbewerb, weniger staatliche Bevormundung, mehr Verantwortung des Einzelnen und mehr Freiraum für Eigeninitiative ein.

Die AfD will daher:

**a) Den Betrieb kleiner Einzelhandelsunternehmen erleichtern**

Die Struktur des Handels in Brandenburg setzt sich aus sehr unterschiedlichen Betrieben zusammen: Es finden sich einige wenige Großbetriebe im Berliner Umland (Zalando, Amazon, Discounterketten) und eine große Anzahl von kleinen und Kleinst-Einzelhändlern. Dabei haben insbesondere die Kleinunternehmen mit ungünstigen Rahmenbedingungen zu kämpfen. Zum einen werden sie mit bürokratischen Auflagen wie der IHK-Zwangsmitgliedschaft und der Berufsgenossenschaftspflicht belastet, zum anderen sehen sie sich zunehmend einem starken Wettbewerbsdruck durch den Internethandel ausgesetzt. An diesem können sie jedoch nur unzureichend teilnehmen, da schnelle Internetverbindungen - besonders in den Randgebieten von Brandenburg – meistens fehlen.

- Wir werden daher prüfen, ob die „Zwangsmitgliedschaften“ bei der IHK und den Berufsgenossenschaften noch zeitgemäß sind, oder abgeschafft werden können.
- Der von uns geforderte Ausbau des Breitband-Internets soll - nicht zuletzt in den Randregionen von Brandenburg - den Einzelhandelsunternehmen bessere Entwicklungsmöglichkeiten verschaffen.

**b) Bessere Wettbewerbsbedingungen für das brandenburger Handwerk schaffen**

Das brandenburgische Handwerk wird stark durch Kleinbetriebe geprägt. In den ländlichen Gegenden von Brandenburg sind diese Betriebe die Hauptarbeitgeber. Allerdings haben diese Betriebe Probleme mit sogenannten „Wettbewerbern“ aus dem EU-Ausland. Während das Brandenburger Handwerk in der Regel Mitarbeiter beschäftigt, die über eine qualifizierte berufliche Ausbildung und einen entsprechenden Abschluss verfügen, arbeiten die EU-Wettberber vielfach mit un- oder angelernten Fachkräften. Sie können ihre Leistungen daher sehr viel günstiger anbieten, vor allem im Bau- und Baunebengewerbe. Zudem belastet die Handwerksbetriebe, dass qualifizierter Nachwuchs zunehmend schwerer zu gewinnen ist.

Die AfD wird sich daher dafür einsetzen, dass

- die öffentlichen Auftraggeber bei Ausschreibungen nicht nur auf den günstigsten Preis achten, sondern auch qualitative Vorgaben machen, z.B. hinsichtlich der Qualifikation des Personals, die insgesamt gute Leistungen gewährleisten,
- die Schwellen für EU-weite Ausschreibungen von Aufträgen heraufgesetzt werden, damit mehr Aufträge regional vergeben werden können,
- im Brandenburger Schulsystem wieder eine stark berufs- und praxisorientierte Schulform angeboten wird, die stärker praktisch begabte Schüler fördert und auf handwerkliche Berufe vorbereitet.

**c) Kleinst-Unternehmen und nebenberufliches Unternehmertum fördern**

Menschen mit Tatendrang, unternehmerischen Ideen und Fähigkeiten werden heute vielfach durch die schwer überschaubaren und hohen bürokratischen Auflagen davon abgehalten, ihre Ideen auszuprobieren und zu verwirklichen. Das gilt insbesondere für Kleinst-Unternehmungen oder nebenberufliches Unternehmertum, mit denen unternehmerische Tä-

tigkeiten zunächst im Kleinen erprobt, erlernt und eingeübt werden könnten. Die bürokratischen Hürden für Kleinst-Unternehmen und nebenberufliche Unternehmer ersticken somit viel wirtschaftliche Dynamik. Dass es auch anders gehen kann, zeigen beispielsweise die in Süddeutschland verbreiteten Strauß- oder Besenwirtschaften, die historisch gewachsen nicht unter den Begriff des Gewerbes fallen und daher erlaubnis- und abgabefrei sind.

Die AfD wird daher prüfen, wie durch die Senkung behördlicher und gesetzlicher Anforderungen Freiräume für Kleinst-Unternehmungen und nebenberufliches Unternehmertum geschaffen werden kann.

#### **d) Unternehmensgründungen fördern**

Die AfD will durch den Ausbau von Gründerzentren und durch neue Schulungs- und Beratungsangebote in Kooperation mit Unternehmensberatern, Hochschulen und Anbietern von Fernstudiengängen die Gründung von Unternehmen erleichtern und fördern.

## **2. Tourismus in Brandenburg ausbauen**

Mit seinen intakten Natur- und Kulturräumen bietet Brandenburg ausgezeichnete Voraussetzungen für Städtereisen, Fahrradtouren, Urlaub an Seen und auch für erholsame Tage in unberührter Natur. Von besonderer Bedeutung für den Tourismus in Brandenburg sind Kurzurlaube von 2-4 Tagen, aber auch Tagesausflüge aus Berlin.

Gute Chancen bietet auch der Gesundheitstourismus. Er bekommt Rückenwind durch das wachsende Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung, die Alterung der Gesellschaft und den medizinisch-technischen Fortschritt. Mit acht Kur- und Heilbädern, nämlich in Bad Belzig, Bad Freienwalde, Bad Liebenwerda, Bad Saarow, Bad Wilsnack, Buckow (Märkische Schweiz), Burg (Spreewald) und Templin hat Brandenburg eine hervorragende Infrastruktur, um von diesen Trends zu profitieren.

Die AfD wird sich daher dafür einzusetzen,

- dass Marketing- Konzepte entwickelt werden, mit denen in- und ausländische Touristen, die Berlin besuchen, verstärkt auch für touristische Ziele in Brandenburg gewonnen werden,
- dass „Bettensteuern“ für Infrastrukturprojekte (wie Schloss Sanssouci oder öffentliche Gebäude) nicht die Attraktivität Brandenburgs für Touristen schwächen,
- dass der Brandenburgische Kurorte- und Bäderverband sich stärker auf den allgemeinen Gesundheitstourismus ausrichtet und seine Mitgliederzahl vergrößert, um langfristig eine bessere Wahrnehmung am Markt zu erreichen.
- dass die Angebote aus den verschiedenen Regionen und Kurorten besser koordiniert und vermarktet werden. Auf nationalen und internationalen Messen zur Gesundheitswirtschaft bzw. Gesundheitstourismus sollten die Gesundheitsregionen aktiv durch eine bessere Koordinierung innerhalb der Landesregierung unterstützt werden.

## **3. Strategie für den Ausbau der Brandenburger Gesundheitswirtschaft entwickeln**

Die Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Motor für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg. Die Unternehmen der Gesundheitsbranche bieten attraktive und zukunftsträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten für 100 000 Menschen und erwirtschaften jährlich über 5,1 Milliarden Euro (2012). Zu den Unternehmen bzw. Einrichtungen zählen wissenschaftliche Institute, Kliniken und Kurorte, leistungsstarke und innovative Unternehmen aus Medizintechnik, Biotechnologie, Ernährungs- oder der Wellnessbranche.

Die Landesregierung aus SPD und Linken hat es versäumt, eine gute medizinische Versorgung in der Fläche in Brandenburg aufzubauen. Gleichzeitig hat sie es versäumt, Rahmenbedingungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung der Gesundheitsbranche zu setzen.

Die AfD fordert deshalb für Brandenburg ein Zukunftsprogramm „Gesundheit und ländlicher Raum“

- Im Dialog mit den Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, den Anbietern von Pflegeleistungen, Krankenhäusern, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sollen betriebswirtschaftlich sinnvolle Konzepte für eine medizinischen Versorgung im ländlichen Regionen erprobt und entwickelt werden.
- Fachkräftesicherung in den Berufsgruppen der Medizinerinnen und Mediziner, der Pflegekräfte und weiterer Gesundheitsfachberufe. Hierbei sollen die Nachwuchsförderung, der Verbleib im Beruf, neue Berufsperspektiven, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Attraktivität der Arbeitsbedingungen in der Altenpflege einen größeren Stellenwert erhalten. Auch sollten in der schulischen Ausbildung neue technische Assistenzberufe entwickelt werden.
- Nutzung telemedizinischer Anwendungen. Damit sollen die unmittelbare Patientenversorgung über weite Entfernungen bzw. dezentrale Versorgungsstrukturen unter Nutzung der fachlichen Ressourcen aus den Zentren des Landes (z.B. Cottbus oder Potsdam) realisiert werden.
- Gesundheitsmärkte wachsen heute weltweit. Zur besseren Ausschöpfung der damit verbundenen Exportchancen von Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft sollte eine Exportinitiative auf Landesebene gestartet werden.

#### **4. Landwirtschaft: Chancen für kleine und mittlere Betriebe schaffen**

Die Brandenburger Landwirtschaft wird weitgehend durch Großbetriebe geprägt, die Ackerbau und Tierhaltung in industriellem Maßstab betreiben. Dies verödet nicht nur die Landschaft, es belastet auch die Böden. Zudem ist die Massentierhaltung nicht tiergerecht und macht wegen des massiven Krankheitsdruckes den prophylaktischen Einsatz von Antibiotika erforderlich.

Die Alternative für Deutschland will diese Form der Landwirtschaft zurückdrängen und kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben Entwicklungschancen schaffen. Das stärkt auch die Sozialstruktur in den Dörfern und hilft, bürgergesellschaftliche Strukturen auf dem Land auf- und auszubauen. Um kleinen und mittleren Betrieben in der Brandenburger Land- und Forstwirtschaft wieder unternehmerische Chancen zu eröffnen, fordert die AfD:

##### **a) Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes, um ortsansässigen Landwirten Vorrang einzuräumen**

Das Grundstücksverkehrsgesetz in Verbindung mit dem Reichssiedlungsgesetz regelt Landkäufe zwischen natürlichen Personen für einzelne Parzellen. Der Landkauf im Rahmen der Übernahme ganzer juristischer Personen (Genossenschaften, GmbHs, AGs, die in Brandenburg etwa 80 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften) werden dadurch von diesen einschlägigen Gesetzen gar nicht erfasst, da ganze Betriebe beziehungsweise Anteile daran zum Kauf angeboten werden. Damit wird der Eigentümerwechsel nach außen verschleiert. Diese Entwicklung hat in den letzten fünf Jahren dazu geführt, dass in den neuen Bundesländern 38 % der GmbHs inzwischen Eigentum eines außerlandwirtschaftlichen Investors sind. Die Größenordnungen dieser Kapitalgesellschaften führen dazu, dass Landwirtschaft zuneh-

mend als "Tieflader-Landwirtschaft" betrieben wird. Das bedeutet, dass örtliche Betriebsstrukturen vielfach gar nicht mehr unterhalten werden oder die Betriebsteile bestenfalls in Form eines Wanderzirkus für einen kurzzeitigen Maschinen- und Personaleinsatz durch Arbeitsteams genutzt werden. Örtliche Landwirte sind gegenüber derartigen Wirtschaftsmodellen nicht mehr wettbewerbsfähig, da die gezahlten Pachten weit über dem ortsüblichen und mit bäuerlichen Betriebsstrukturen zu erwirtschafteten Satz liegen und damit keine Renditen mehr zu erreichen wären. Entsprechendes gilt für den Kauf landwirtschaftlicher Nutzflächen, deren Preis sich durch das Auftreten kapitalkräftiger Investoren innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens verdreifacht hat.

Die Alternative für Deutschland wird sich daher für eine Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes einsetzen, mit dem ortsansässigen Landwirten, die einen Betrieb erhalten oder erweitern wollen, ein Investitionsvorrang vor reinen Kapitalinvestoren eingeräumt wird.

#### **b) Verkauflose der staatlichen Landgesellschaften so verkleinern, dass ortsansässige Landwirt-Familien mitbieten können**

Beim Verkauf landwirtschaftlicher Flächen durch staatliche Landgesellschaften kann die Landgesellschaft vielfach umso höhere Preise pro Hektar erzielen, je größer das Verkaufslos ist. Als Käufer dieser großen Verkauflose kommen in der Regeln aber nur Kapitalgesellschaften in Betracht, da sie von ihrer Kapitalstärke her und auch wegen ihres anderen Bewirtschaftungsmodells, der „Tiefladerwirtschaft“, auch die hochpreisigen Flächen rentabel bewirtschaften können.

Um Klein- und mittelständischen bäuerlichen Betrieben eine unternehmerische Chance zu eröffnen, wird sich die AfD dafür einsetzen, dass Verkauflose in Stückelungen ausgelobt werden, die auch von kleinen und mittleren Betrieben erworben werden können.

#### **c) Schrittweiser Ersatz der Massentierhaltung durch bäuerliche Betriebsformen mit maximalen Bestandsgrößen**

Die Tierhaltung in Brandenburg zeichnet sich durch Massenproduktion in industriellem Maßstab aus. Die großzügige Förderung der dahinter stehenden Großbetriebe durch die Landesinvestitionsbank hat dazu geführt, dass die bäuerlich geprägten Betriebsformen nicht mehr konkurrenzfähig sind und vom Markt verdrängt werden. Infolge des massiven Krankheitsdruckes bei der Massentierhaltung werden dort regelmäßig Antibiotika prophylaktisch eingesetzt, die sich schließlich auf dem Teller des Verbrauchers wiederfinden. Dasselbe gilt für die Verwendung von weiblichen Hormonen (Östrogen) bei der Fütterung, um die täglichen Zuwachsraten zu erhöhen.

Die AfD will diese Form der Massentierhaltung schrittweise zurückdrängen. Sie will dies insbesondere durch eine gleichzeitige Begrenzung der pro Hektar auszubringenden Stickstoffmenge wie auch der Transportdistanz von Gülle/Mist um den Betriebssitz herum erreichen.

#### **d) Initiativen für regionale Erzeugerzusammenschlüsse zur Direktvermarktung**

Die Verhältnisse auf den Märkten für landwirtschaftliche Produkte zeichnen sich durch atomisierte Angebotsstruktur auf der einen und wenige Nachfrager auf der Käuferseite aus. Um den kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben unternehmerische Entwicklungschancen zu eröffnen oder sie zu verbessern, will die AfD daher Erzeugerzusammenschlüsse zur Direktvermarktung fördern

#### **e) Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen**

Die Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen (GMO) auf das Ökosystem wie auch die Gesundheit von Mensch und Tier ist in der öffentlichen Diskussion – nicht zuletzt aufgrund des Einflusses starker wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen - sehr umstritten. Wissenschaftliche Untersuchungen haben aber hinreichend Anhaltspunkte dafür

gegeben, dass der Genuss von gentechnisch verändertem Soja und Mais sich nachteilig auf die Gesundheit von Mensch und Tier auswirken. Weil die Verbreitung der einmal ausgesetzten GMO-Pflanzen das Ökosystem nachhaltig verändert, gebietet es das Vorsichtsprinzip, Mensch, Tier und Ökosystem nicht durch gentechnisch veränderte Pflanzen zu gefährden. Die Alternative für Deutschland setzt sich daher in Brandenburg für das Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen ein.

## **5. Energiepolitik gestalten**

### **a) Braunkohle als strukturbestimmenden Wirtschaftsfaktor erhalten**

Süd-Brandenburg wird seit Beginn der Industrialisierung von Braunkohle-Abbau und -Nutzung geprägt und stellt den strukturbestimmenden Wirtschaftsfaktor in dieser Region dar. Die Akzeptanz der regionalen Bevölkerung für diesen Industriezweig ist im Allgemeinen groß, auch wenn dies von den Menschen, die durch notwendige Umsiedlungen betroffen werden, anders gesehen wird.

Der Braunkohle in Brandenburg kommt als eine der wenigen heimischen Energieressourcen eine hohe Bedeutung zu, da sie hilft, die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Ein Ausbau der alternativen Energieerzeugung kann die Verstromung von Braunkohle auf absehbare Zeit nicht ersetzen, da die unregelmäßige und wetterabhängige Leistungsabgabe der Wind- und Sonnenenergieanlagen nicht die erforderliche Versorgungssicherheit bieten. Eine Infragestellung des Braunkohleabbaus würde die südbrandenburgische Wirtschaftsstruktur nachhaltig schwächen und zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen führen, die in dieser Region durch nichts zu kompensieren sind. Die AfD tritt daher für den Erhalt der Braunkohle als Wirtschaftsfaktor ein.

### **b) Ausbautempo der Windenergie in Brandenburg zurückfahren**

Das Land Brandenburg gehörte bisher zu den Vorreitern beim Ausbau der Windenergie und der großflächiger Solarenergieerzeugung in Deutschland. Der Ausbau und seine Auswirkungen auf Mensch und Umwelt stoßen aber zunehmend auf Grenzen der Akzeptanz. Dennoch will die brandenburgische Landesregierung nun insgesamt 2 % der Landesfläche für alternative Energieerzeugung ausweisen. Die AfD lehnt dies ab.

Die AfD will stattdessen das Ausbautempo bei der Windenergieerzeugung und bei der großflächigen Solarenergieerzeugung aus wirtschaftlichen und Umweltgründen zurückfahren. Die Förderung von Wind- und Solarenergie durch das EEG kommt den Bürgern in Brandenburg, wie auch in Deutschland, insgesamt teuer zu stehen. Garantierte Entgelte sowie eine Einspeisegarantie haben die Stromkosten auf ein Niveau getrieben, das die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gefährdet und die Energierechnung für eine zunehmende Zahl von Bürgern unbezahlbar macht. Die AfD setzt sich daher für eine Abschaffung des EEG ein, einschließlich einer rechtskonformen Entschädigung der Altanlagenbesitzer. Nach Auffassung der AfD soll der Ausbau der Wind- und Solarenergie grundsätzlich nur in dem Maße stattfinden, wie der Strom zu marktgerechten Preisen auf dem Markt Abnehmer findet.

Der Ausbau der Wind- und Solarenergieanlagen führt gerade in Brandenburg zu zusätzlichen Belastungen der Bürger, weil sie bundesweit die höchsten Netzentgelte zu tragen haben. Dies ist ein Ergebnis der für Brandenburg ungünstigen Berechnungsgrundlagen, wonach die Anschlusskosten der zahlreichen alternativen Energieerzeugungsanlagen durch die geringe Bevölkerungszahl geteilt werden und auf die Bürger umgelegt werden.



Gegen einen weiteren dynamischen Ausbau der Windenergie und der großflächigen Solarenergieerzeugung in Brandenburg sprechen auch die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner der Energieanlagen.

Die zunehmende ästhetische Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die allgegenwärtigen Windkraftanlagen verändert den durch Weite und Natur gekennzeichneten Charakter der Brandenburger Landschaft und unterminiert die Chancen Brandenburgs, den Tourismus als wesentliche Einnahmequelle des Landes auszubauen.

Die AfD wird sich daher dafür einsetzen, dass Windenergieanlagen und großflächig Solarenergieanlagen grundsätzlich nur noch dann genehmigt werden, wenn

- der für die Windkraftanlage vorgesehene Standort sich in einem wissenschaftlich nachgewiesenen Windeinzugsgebiet befindet,
- die energetische Nachhaltigkeit der Anlage an diesem Standort nachgewiesen wird,
- der Abstand der Windkraftanlagen mindestens 3000 m zur nächsten Siedlung beträgt,
- die Photovoltaikanlagen auf Flächen errichtet werden, die aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes unbedenklich sind,
- sie nicht in Waldgebieten errichtet werden sollen,
- den Interessen der Tourismusbranche Rechnung getragen wird,
- die vor Ort ansässige Bevölkerung das Projekt befürwortet.

### ***I. Flächendeckenden Ausbau des Internet-Breitbandnetzes verwirklichen***

Internet und Digitalisierung prägen unser tägliches Leben und die moderne Gesellschaft. Ohne Zugang zu Internet und digitaler Kommunikation ist eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben unseres Landes nicht mehr möglich. Dies gilt umso mehr für Menschen in ländlichen Regionen, die fern von den Angeboten der Ballungszentren leben. Gerade sie sind auf schnelle, leistungsstarke Internetzugänge und Kommunikationsnetze angewiesen.

Das so genannte Breitband-Internet, das heißt eine schnelle, leistungsstarke Internetinfrastruktur, eröffnet für den ländlichen Raum unter anderem die Möglichkeit:

- im eigenen Haus beispielsweise als freiberuflicher Architekt, Informatiker, Ladenbetreiber zu arbeiten oder als Landwirt an den Märkten dieser Welt zu handeln,
- Arbeit zu suchen, zu finden und zu vermitteln sowie diese mit leistungsfähigen Kommunikationsmitteln zu behalten,
- Verwaltungsvorgänge - von der Steuererklärung bis zur Kfz-Anmeldung - von zu Hause zu erledigen,
- Medienangebote wie Film, Musik, Konzertübertragungen zu nutzen,
- Zugang zu der breiten Palette an Einkaufsmöglichkeiten zu haben, die früher typischerweise ein Privileg der Städter war.

Die Alternative für Deutschland sieht daher den flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes in Brandenburg als die Grundlage dafür an, dass der ländliche Raum wieder Entwicklungschancen bekommt und als Raum zum Wohnen, Leben und Arbeiten an Attraktivität gewinnt. Die AfD sieht dies als vordringliche Aufgabe der Landespolitik.

Ziel der forcierten Ausbaubemühungen muss eine flächendeckende Versorgung mit mind. 100 Mbit/s bis spätestens 2016 sein. Dafür müssen in Zusammenarbeit mit der Bundesregie-

rung schnellstmöglich die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auch kleine Netzbetreiber und lokale Gemeindeinitiativen mit eigenen Netzen sind zu unterstützen.

### ***J. Verkehrsknotenpunkte und Märkte der Kommunikation schaffen***

Die Menschen haben sich in der Geschichte der Menschheit immer bevorzugt dort angesiedelt, wo Verkehrswege und Verkehrsknotenpunkte Gelegenheit für den Austausch von Ideen und Gütern boten. So entstanden Märkte für den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Ideen. Für den Zusammenhalt und die Lebensqualität in unserer Gesellschaft sind solche Strukturen wichtig. Sie werden aber im städtischen Raum zunehmend durch die Verlagerung der Einkaufszentren aus den Stadtzentren an die Stadtränder geschwächt und im ländlichen Raum durch den Rückgang der Bevölkerungsdichte in Frage gestellt.

Die Alternative für Deutschland wird sich dafür einsetzen, dass solche Verkehrsknotenpunkte und Märkte der Kommunikation erhalten, gestärkt und wenn nötig neu geschaffen werden, und durch freie WLAN-Zonen ergänzt werden.

Die AfD will daher Projekte fördern, mit denen Bürgerinitiativen, Gemeinden, Verkehrsanbietern und Investoren gemeinsam eine bessere Vernetzung und Abstimmung der Angebote von Verkehrsträgern einerseits sowie des Angebots von privaten und öffentlichen Dienstleistungen sowie von Warenangeboten andererseits realisieren wollen.

Dies ist insbesondere für den ländlichen Raum bedeutsam.

Dort werden durch den Rückgang der Bevölkerung sowie der Nachfrage nach Verkehrsdienstleistungen, aber auch durch den sich verändernden Mobilitätsbedarf, die klassischen Angebote der Bahn und des ÖPNV zunehmend in Frage gestellt. Es gilt daher die Angebote der Busfernlinien, der Bahn, des ÖPNV, aber auch von Mitfahrzentralen, Carsharing-Anbietern besser zu vernetzen und durch innovative Konzepte wie Nachbarschaftstaxis, Bürgerbus und KombiBus, der neben Personen auch Güter transportiert, zu ergänzen.

Durch den Rückgang der Bevölkerung im ländlichen Raum muss auch das Angebot von Waren und Dienstleistungen angepasst werden. Dabei gilt es Konzepte zu entwickeln und zu realisieren, die es ermöglichen, diese auch im dünn besiedelten ländlichen Raum wirtschaftlich anzubieten. Das könnte beispielsweise durch Vertriebsagenturen und Angebote verschiedener Betriebe in einem Geschäftsraum, aber auch durch mobile Angebote (Märkte, mobile Geschäfte) ermöglicht werden.

### ***K. Aderlass durch BER-Abenteuer beenden***

Die Region Brandenburg-Berlin braucht einen leistungs- und entwicklungsfähigen Flughafen, der der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Hauptstadtregion gerecht wird. Bei der Realisierung derartiger Großprojekte ist jedoch dem Schutz der betroffenen Bürger umfassend Rechnung zu tragen. Die ständige Ausweitung des BER-Projekts mit all ihren Verzögerungen, Finanzrisiken und Desinformationen hat die Transparenz und Steuerbarkeit des Projektes zerstört und die berechtigten Interessen vieler Menschen im dicht besiedelten Umfeld des Flughafens zunehmend missachtet.

Die explodierenden Investitionskosten sowie die wachsenden Folgekosten überfordern absehbar die finanzielle Leistungsfähigkeit Brandenburgs. Der von den drei öffentlichen Gesellschaftern Bund, Berlin und Brandenburg ursprünglich formulierte Anspruch, der Flughafen

BER sei schnell und günstig durch die öffentlichen Gesellschafter zu realisieren, kann nur noch als teuerste Posse der jüngeren Geschichte unseres Landes bezeichnet werden. Bei ursprünglich angesetzten Kosten von unter zwei Milliarden Euro wird nun mit Gesamtkosten von sieben Milliarden Euro gerechnet, ohne dass dies als sichere Obergrenze gelten kann.

Die gegenwärtige monatliche Subvention des Projektes mit 34 Mio. Euro und die erwarteten 20 Mio. Euro Subvention für den laufenden Betrieb sind für Brandenburg finanziell nicht tragbar. Sie verstoßen auch gegen Subventions- und Beihilfebestimmungen der Europäischen Union und stellen damit die rechtliche Zulässigkeit des Betriebs des BER grundsätzlich in Frage.

Die AfD Brandenburg fordert daher, mit dem Pannengroßflughafen wie folgt weiter zu verfahren:

- Die Projektgesellschaft hat umgehend alle offenen Handwerkerrechnungen in Höhe von 400 Mio. Euro zu bezahlen. Dabei ist durch einen unparteiischen Ombudsmann sicher zu stellen, dass die beteiligten Unternehmen nicht durch vermeidbare Zahlungsverzögerungen in die Insolvenz getrieben werden.
- Die Flughafengesellschaft hat spätestens zwei Monate vor der Landtagswahl im September einen umfassenden und transparenten Gesamtkosten- und Zeitplan vorzulegen, damit die Bürger sich vor der Wahl ein Urteil darüber bilden können, inwieweit der BER überhaupt noch realisiert werden kann. Diese Pläne sind durch eine unabhängige Beratungsgesellschaft zu überprüfen.
- Der BER sollte als Übergangsgroßflughafen in Betrieb gehen. Es ist sicherzustellen, dass für alle unmittelbar Betroffenen – auch für die abknickenden Flugrouten der Tag- und Nacht-schutzgebiete – strenger Schallschutz gewährleistet ist.
- Eine dritte und vierte Startbahn sind angesichts der Besiedlungsdichte in der Region nicht zu genehmigen. Das Wohl und die körperliche Unversehrtheit der vom Fluglärm betroffenen Bürger hat Vorrang vor den Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Flughafenbetreiber.
- Da schon heute fest steht, dass der neue BER nicht über hinreichend Kapazitäten verfügen wird, sind Planungen über die bekannten Alternativen – Sperenberg und Jüterbog Ost – zu starten.
- Sollten sich private Investoren und Betreiber für einen Großflughafen in Sperenberg oder Jüterbog Ost finden, die bereit wären, auch die Kosten für eine Abwicklung und Umnutzung des BER zu übernehmen, sollte zügig eine entsprechende Ausschreibung vorbereitet werden.

### ***M. Für eine zukunftsorientierte und transparente Haushalts- und Finanzpolitik***

Der Haushaltspolitik des Landes Brandenburg steht vor großen Herausforderungen. Bei einem jährlichen Landeshaushalt von rund 10 Milliarden Euro können nur etwa 60 Prozent aus eigenen Steuereinnahmen gedeckt werden. 90 Prozent der Ausgaben beruhen auf gesetzlichen Vorgaben, nur ca. zehn Prozent der Landeseinnahmen sind ungebunden und damit finanzpolitisch gestaltbar. Bei Altschulden in Höhen von rund 18,22 Milliarden Euro - inklusiv Neben- und Extrahaushalten sogar mehr als 22 Mrd. Euro - steht Brandenburg vor einer Phase schwindender Gestaltungsspielräume und wachsender Haushaltsrisiken.

Eine Ursache dafür ist die rückläufige Bevölkerungsentwicklung: Weniger Erwerbstätige bedeuten auch weniger Steuereinnahmen. Eine weitere Ursache ist das Auslaufen des Solidarpaktes für die neuen Bundesländer und die rückläufigen EU-Fondsmittel. Allein dadurch wird bei einem Landeshaushalt mit jährlich rund zehn Milliarden Ausgaben eine Deckungslücke von rund 300 Millionen Euro im Jahr 2020 entstehen. Die mittelfristige Finanzplanung der Landesregierung geht von viel zu optimistischen Annahmen aus – keine Wirtschaft wächst permanent 1,6% jährlich ohne Einbrüche zu erleiden. Zudem ist schon heute klar, dass sich die Zahl der Landesbediensteten bis zum Jahr 2020 nicht wie unterstellt auf 42.000 reduzieren lässt. Schließlich drohen dem Land durch das Missmanagement beim Bau des BER-Flughafens gegenwärtig noch nicht absehbare Folgekosten bis hin zur Dauersubventionierung. Brandenburg könnte solche dauerhaften Zusatzbelastungen finanziell nicht tragen.

Brandenburg benötigt daher eine Strategie, wie die Einnahmeseite gestärkt werden kann und die Ausgaben, insbesondere aber auch die Schuldenlast, reduziert werden können. Zur Stärkung der Wirtschaftskraft enthält das Wahlprogramm ein ganzes Bündel an wirtschaftspolitischen, bildungspolitischen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen, die leben, arbeiten und investieren in Brandenburg attraktiver machen und damit mittelfristig die Einnahmesituation verbessern sollen.

Um mittelfristig zu einer Entlastung der Ausgabenseite zu kommen, schlägt die Alternative für Deutschland unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Grundsätzlich keine Neueinstellung von Personal, mit Ausnahme der Bereiche Polizei und Bildung.
- Alle Beratungs-, Gutachterkosten und Ausgaben für nebenamtliche Tätigkeiten von über 200 Mio. Euro in 2014 gehören auf den Prüfstand. Sie sind drastisch zu reduzieren.
- Schon bei der Haushaltsaufstellung sind mindestens zwei Prozent zur Tilgung der 18 Mrd. Euro Schulden anzusetzen.
- Die allgemeine Haushaltsrücklage 2014 von geschätzt 450 bis 500 Millionen Euro darf nicht konsumtiv, sondern ausschließlich zur Schuldentilgung verwendet werden.
- Der Einsatz von Zinsderivaten und anderer Zertifikate in zweistelliger Milliardenhöhe ist auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Derartige Wetten auf die Entwicklung der Finanzmärkte, die die Haushaltsrisiken steigender Zinsen abfedern sollen, enthalten oft schwer überschaubare Risiken, die zu unkalkulierbaren Zahlungsverpflichtungen führen können.
- Alle aktuellen wie auch die absehbaren finanziellen Risiken des Flughafens BER sind von der Landesregierung in einem Nachtragshaushalt 2014 darzustellen und vor dem Landtag und der Öffentlichkeit zu erläutern. Dies erfordern die Haushaltsregelungen.

## IV. Wahlaufruf

Die Alternative für Deutschland in Brandenburg stellt sich Ihnen am 14. September 2014 zur Wahl. Sie will Ihnen eine politische Alternative zur Politik der etablierten Parteien in Brandenburg bieten.

Mit unserem Landtagswahlprogramm „**Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben**“ zeigen wir Ihnen, wie wir die Zukunft Brandenburgs gestalten, die Lebensqualität erhöhen und den Zusammenhalt der Brandenburger stärken wollen.

Unser Wahlprogramm bietet Ihnen eine gesellschaftspolitische Alternative zu der konturlosen Politik der etablierten Parteien.

Wir wollen Staat und Gesellschaft dezentral, subsidiär und bürgernah gestalten und dadurch die Bürgergesellschaft stärken.

Wir wollen, dass Sie in Brandenburg bodenständig und frei leben können!  
Unterstützen Sie unsere Politik!

Wählen Sie am 14. September 2014 die Alternative für Deutschland!